

# Die Mark der DDR

Eine Kommunikationsgeschichte der  
sozialistischen deutschen Währung

Rainer Gries

Dr. phil. habil. Rainer Gries,  
geb. 1958 in Heidelberg; Privatdozent für Neuere und neueste Geschichte am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena; 2001/02 Gastprofessor am Institut für Geschichte der Universität Wien; 2003/05 Außerordentlicher Gastprofessor am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der persuasiven Kommunikationen (politische Propaganda, Wirtschaftswerbung und Produktkommunikation); zuletzt:

- Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002 (gemeinsam mit Silke Satjukow), und:
- Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR, Leipzig 2003.

Bild S. 5, 9, 15, 25, 43, 53, 65

*Foto Bundesarchiv, Bild 183/K0118/203/1.*

Druck: Offizin Hildburghausen GmbH

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

Regierungsstraße 73

99084 Erfurt

[www.thueringen.de/de/lzt](http://www.thueringen.de/de/lzt)

2003

ISBN 3-931426-75-0

---

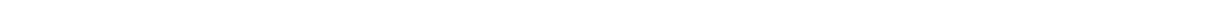
---

# Inhalt

EINE NEUE MARK FÜR EINE NEUE GESELLSCHAFT . . . . .	5
BOTSCHAFTEN UND BEDEUTUNGEN: DIE INNEREN WERTE DER WÄHRUNG . . . . .	9
Das Glaubensbekenntnis der neuen Mark . . . . .	10
Geldkommunikation ist Vertrauenskommunikation . . . . .	11
VIERZIGER- UND FÜNFZIGERJAHRE:	
DER „KAMPF“ UM DIE MARK DER DEUTSCHEN NOTENBANK . . . . .	15
Die „Tapetenmark“ . . . . .	17
Die Mark des „Dollarimperialismus“ . . . . .	18
Misstrauen statt Vertrauen . . . . .	19
Die Ostmark wird „vergoldet“ . . . . .	21
SONNTAG, DER 13. OKTOBER 1957 . . . . .	
Der „Schlag ins Kontor“ . . . . .	27
Der Geldumtausch als sozialistische Heldentat . . . . .	30
Der Geldumtausch als krimineller Raubzug . . . . .	33
Die Verlierer: Geschäftsleute und Grenzgänger . . . . .	36
Wider den Eigensinn der Bevölkerung . . . . .	40
SECHZIGERJAHRE: PLANMÄßIG AUF DEM WEG ZUR MARK DER DDR . . . . .	
Die Hierarchie der sozialistischen Werte . . . . .	45
Die „Spaltermark“ . . . . .	48
SIEBZIGER- UND ACHTZIGERJAHRE: DIE AGONIE DER LETZTEN SCHEINE . . . . .	
Große Erwartungen und gute Erfahrungen . . . . .	55
Die Währung und „ihre“ Waren . . . . .	56
Die „Koffergeschäfte“ . . . . .	60
Die Wende und die Geldscheine . . . . .	63
GRENZEN DER SOZIALISTISCHEN MARK . . . . .	
Die Banknoten ohne Unterschrift . . . . .	68
Das Waren- und Währungsgefüge in der DDR . . . . .	71
WEITERFÜHRENDE LITERATUR . . . . .	
	75

---

Eine neue Mark  
für eine neue  
Gesellschaft



„Vor wenigen Tagen ist sie hier und dort aufgetaucht. Sie ist blank, rund, nicht zu schwer und gefällig im Aussehen. Es ist eine Mark der Deutschen Notenbank, nicht mehr in der Gestalt eines Scheines, sondern endlich als Münze.“ – Begeistert hieß die Berliner Zeitung das neue Markstück der DDR im August des Jahres 1956 willkommen. „Unsere neue Mark ist geboren“, jubelte auch das Neue Deutschland. Das neue Markstück maß 25 Millimeter im Durchmesser, wog zweieinhalb Gramm und bestand aus einer Leichtmetalllegierung. Zwanzig Schrippen könne man sich dafür kaufen oder zehn Zigaretten oder einen Sammelfahrschein, um fünfmal mit der Straßenbahn zu fahren. Wer sie erstmals in der Hand wiege, spüre, „wie sie hart, leicht

und beinahe lebendig“ sei, war in der Berliner Zeitung weiter zu lesen.

Das neue Geldstück wurde sogleich für die politische Propaganda eingespannt. Die Journalisten der ostdeutschen Zeitungen beeilten sich, das neue Markstück als wertvoll und grundsollide vorzuführen. Diese Mark stehe nicht für Preiserhöhungen, sondern für Preissenkungen: Zwar hätten sich die Werktätigen in der DDR Jahr um Jahr plagen müssen, bis der Preis für zwanzig Schrippen auf gerade einmal eine Mark gesunken sei. Diese Mark stehe für Sicherheit in Gegenwart und Zukunft: Eine große Sorge aber hätten die Bürgerinnen und Bürger der DDR von Anfang an nicht haben müssen: „Wir



*Mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Karikatur zum neuen Markstück aus der Berliner Zeitung von 1956.*

---

brauchten nie zu fürchten, dass eine Mark plötzlich nicht mehr ausreichen würde, um fünf Fahrten auf der Straßenbahn zu bezahlen.“ Im Gegenteil, so war in den „Geburtsanzeigen“ des sozialistischen Markstücks zu lesen, man habe es immer als selbstverständlich angesehen, dass die Mark nicht nur ihren gegenwärtigen Wert behalte, sondern ihn sogar mit der Zeit steigern. Die neue Mark sei eben ganz eng mit den Schaffenden in Stadt und Land verbunden. „Das aber ist das Schicksal der Mark, wie es die Werktätigen ihrer Währung selbst bereitet haben“, war im Sommer 1956 in den Zeitungen zu lesen. Demnach bekamen die Werktätigen das „harte“ und „lebendige“ Geld nicht nur in die Hand, um damit zu bezahlen, sondern auch, um es zu schützen

und um seinen Wert zu steigern. Das neue Markstück, das von nun an von Arbeiterhand zu Arbeiterhand wechseln würde, sollte also einerseits für eine gediegene Kaufkraft stehen, andererseits aber auch immer an die Arbeitskraft, die dahinter steckte, erinnern. Die lichte Zukunft der Werktätigen sollte sich in der nicht minder lichten Zukunft „ihrer“ sozialistischen Währung spiegeln.

Schauen wir uns die Münze einmal näher an. Das neue Ostmarkstück war dem Westmarkstück, das in der Bundesrepublik schon seit 1950 im Umlauf war, zum Verwechseln ähnlich gestaltet – zumindest auf der Vorderseite: Hier fand sich eine stilisierte Eins eingraviert, eingerahmt in Eichenlaub, darunter war in großen Lettern „Deutsche Mark“ zu



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/39841/1)

1956: Das neue Markstück als Prunkstück. „Entsprechend den Wünschen der Bevölkerung beginnt die Deutsche Notenbank in der DDR und in Groß-Berlin Münzen im Werte von DM 1 in Umlauf zu geben.“ (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

lesen und – ganz kleingeschrieben – das Ausgabejahr. Dieselben Gestaltungselemente prägten auch das Westpendant. Während die Vorderseite dieses Herzstückes der beiden Markwährungen also auch noch 1956 das Gemeinsame und die Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Staaten repräsentieren sollte, verwies die Gestaltung der Kehrseiten auf das längst Trennende der beiden deutschen Gesellschaftsordnungen. Dem westdeutschen Bundesadler und der Umschrift „Bundesrepublik Deutschland“ setzte die DDR Hammer und Zirkel und die Umschrift „Deutsche Demokratische Republik“ entgegen. Erstmals verzichtete die DDR damit auf die programmatische Münzumschrift „Deutschland“ und erstmals setzte der Arbeiter-und-Bauern-Staat das erst 1955 dekretierte Staatswappen als Hoheitszeichen ein.

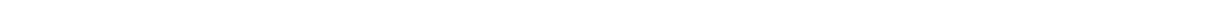
Zur Propaganda des neuen Markstückes gehörte selbstverständlich auch der Vergleich mit dem kapitalistischen Zwillingbruder. Es sei zwar auch heute noch so, dass man in Westdeutschland für das dortige Markstück bestimmte Waren und Produkte „etwas besser oder etwas billiger“ bekomme, musste die Berliner Zeitung einräumen. Aber unbedingt notwendige Dinge wie eben die Schrippe und der Fahrschein, der Strom und die Mieten seien im Westen teurer als im Osten – Schlipse freilich und Mopeds seien im Westen günstiger. Wie das komme? „Weniger gearbeitet als der westdeutsche Arbeiter haben wir für unsere Mark nicht. Aber wir haben in unserer Volkswirtschaft aus eigener Kraft sehr viel Neues aufbauen müssen, das sich nur langsam auszahlt.“ Die

ersten großen Schiffe zum Beispiel seien erst jetzt vom Stapel gelaufen, die neuen, eigenen Stahlwerke, Kraftwerke und Fischkombinate hätten Milliarden gekostet, und die erheblichen Ausgaben für Bildung und Ausbildung seien eine Investition in die Zukunft. Selbstverständlich wurden die erheblichen Kosten der Reparationslieferungen an die Sowjetunion bis 1954 und die erheblichen finanziellen Belastungen durch die 1952 beginnende Aufrüstung mit keinem Wort erwähnt.

Das ostdeutsche Markstück sei seinem westdeutschen Zwilling jedoch in Sachen Sicherheit weit voraus. Die langfristigen Wirtschaftspläne, die Erfüllung und Übererfüllung des Plansolls garantierten, dass eine solche Münze, in naher Zukunft wieder in die Hand genommen und wieder gewogen, nicht etwa weniger, sondern einen weit größeren Wert darstellen werde als heutzutage. Während das Schicksal der Westmark in den Händen kapitalistischer Konzernherren und Aktionäre liege, ruhe das Schicksal der Ostmark in den zupackenden Händen der Werktätigen. „Sehen wir die neue Mark in unserer Hand, so brauchen wir außer der Sorge um die beste Planerfüllung in einer friedlichen Wirtschaft nur noch eine kleine Sorge zu haben. Nämlich die, dass unsere neue Mark auch ihrer Bestimmung erhalten bleibt, dass sie im täglichen Handel und Verkehr rollt, statt unsinnig, nutzlos, ja dumm in Sparstrümpfen zu verschwinden (...) Freuen wir uns über die sichere, im Wert wachsende Mark und sorgen wir dafür, dass ihr recht viele der besten Waren gegenübergestellt werden!“

---

Botschaften und  
Bedeutungen:  
Die inneren Werte  
der Währung





## Das Glaubensbekenntnis der neuen Mark

Nach den Vorstellungen der Machthabenden in der DDR sollte die „Geburt eines neuen Deutschland“ notwendig mit der Geburt einer neuen Währung einher gehen. In ihrem Selbstverständnis war das neue Geld ein moralisch gutes, ein politisch korrektes Geld, unbelastet von der Vergangenheit der „faschistischen Reichsmark“, abgeschirmt von den Monopolen und Manipulatoren des Westens, geboren aus dem Geist des Sozialismus, getragen von den arbeitenden Händen der Werktätigen in Stadt und Land. Es sollte die Zuverlässigkeit und Sicherheit in sich bergen und von Hand zu Hand weitertragen, welche der große Plan allen Sphären des Lebens zu geben vermochte – heute und für alle Zukunft. „Unsere Mark“, die Mark der DDR, musste die Mark des Vertrauens sein.

Und sie sollte wie die erste Verfassung der DDR mit Fug und Recht für ganz Deutschland Gültigkeit beanspruchen.

So weit das Glaubensbekenntnis der Ostmark aus der Sicht der Ideologen und Agitatoren der Sozialistischen Einheitspartei (SED).

Schon dieses kleine Credo der Ostmark macht deutlich, dass Geld keineswegs nur zum bloßen Bezahlen da ist. Geldzeichen transportieren nicht nur einen Tauschwert. Nein, der „Wert“ einer Währung bemisst sich keineswegs nur nach den Ziffern, die in die Münzen eingraviert und auf die Scheine aufgedruckt sind. Wir laden die Geldzeichen vielmehr durch einen ganzen Kosmos von Bedeutungen auf. Alle, die mit Geldzeichen umgehen, sind an diesem unaufhörlichen Prozess beteiligt: Die Nationalbanken zum Beispiel, welche die Währungen in Umlauf bringen, aber auch die Millionen von



*(Foto: Fotothek K. O. Mai, Bild Karl Heinz Mai, Leipzig)*

Der „freie Markt“ stand für das politische Versprechen auf das Ende der Rationierung und der Reichsmark: Filiale der Leipziger Konsumgenossenschaft 1948.

---

Menschen, die tagtäglich mit Münzen und Scheinen umgehen. Natürlich versuchen auch Politiker und Propagandisten, das umlaufende Geld als Beweis für den Erfolg ihrer Politik und als Nachweis der eigenen Rechtmäßigkeit in Anspruch zu nehmen. Auch die Presse schreibt dem Geld Bedeutungen zu.

Dass Geld mehr als nur einen Wertmesser und ein Tauschmittel darstellt, dass seine Bedeutungshorizonte also weit über das bloß Ökonomische und Finanzielle hinausgreifen, dass moderne Gesellschaften monetäre Gesellschaften sind, weil der moderne Geist im Geld am besten zum Ausdruck kommt, darf als eine der fundamentalen Thesen des Soziologen und Philosophen Georg Simmel gelten.

Das Geld und die Geldzeichen lassen sich demnach in Aufbau und Funktion mit einer Sprache vergleichen. Mit Hilfe unserer sprachlichen Fähigkeiten bringen wir unsere Welt- und Selbstsicht zum Ausdruck, stellen wir Verbindung zu unserer Umwelt her: Auch mit Hilfe des Geldes kommunizieren wir miteinander.

### **Geldkommunikation ist Vertrauenskommunikation**

Die Sprache des Geldes jedoch dient vor allem einem Kommunikationsziel. Es muss die allgemeine Anerkennung des Geldes gewährleistet werden, indem das Geld von den Mitgliedern einer „Währungsgemeinschaft“ (so der Soziologe Max Weber) mit Vertrauen belegt wird. Das Geld stelle, so Georg Simmel, die „vielleicht konzentrierteste und zugespitzteste Form und Äußerung

des Vertrauens auf die gesellschaftlich-staatliche Ordnung“ dar. Was aber heißt in diesem Zusammenhang Vertrauen?

Vertrauen bedeutete für Georg Simmel, den Philosophen des Geldes, eine Mischung aus Wissen und Glauben. Im Zusammenhang mit dem Geld wird Vertrauen als ein positives Verhältnis zwischen dem Einzelnen, der das Geld in seinen Händen hält, und der Währungsgemeinschaft, der er angehört, definiert. Vertrauen bedeutet, dass jedermann das Geld akzeptiert, das sich im Umlauf befindet. Jedermann akzeptiert es auch deshalb, weil er davon ausgeht, dass jeder andere Teilnehmer an der Währungsgemeinschaft es akzeptiert – in der Gegenwart und in unabsehbarer Zukunft. „Das Vertrauen ist folglich die individuelle Geisteshaltung, welche die Zahlungsgemeinschaft als einen den Wirtschaftshorizont eines jeden Individuums überschreitende Realität fürchtet“ (Michel Aglietta). Es ist das Vertrauen in die Verlässlichkeit des anderen und in die Berechenbarkeit der anderen, aber auch in die Berechenbarkeit von Tatbeständen und Situationen. Ein solch funktionierendes Geldvertrauen gewährt Sicherheit und psychische Entlastung.

Vertrauen, auch Geldvertrauen, entsteht jedoch stets als Ersatz für Gewissheit, als eine Art „Prothese für unzulängliche Wirklichkeitserfassung“ (Klaus Heinemann). Diejenigen, die das Geld in ihren Händen halten, die mit ihm umgehen, die also Tag für Tag entscheiden, ihre Mark für diesen oder jenen Zweck einzusetzen, vermögen nämlich nicht alle Voraussetzungen ihres Handelns zu überblicken. Zu anonym, zu komplex sind die Strukturen der Moderne, als dass sie verlässlich von den unzähligen Teilnehmern der Währungsgemeinschaft

wahrgenommen, erfasst und für das eigene Handeln beurteilt werden könnten.

Ein funktionierendes Geldvertrauen vermag diese Unsicherheiten zwar zu reduzieren, aber nicht aus der Welt zu schaffen. Der Geldgebrauch basiert daher auf vier grundlegenden Vertrauensschichten. Es sind dies

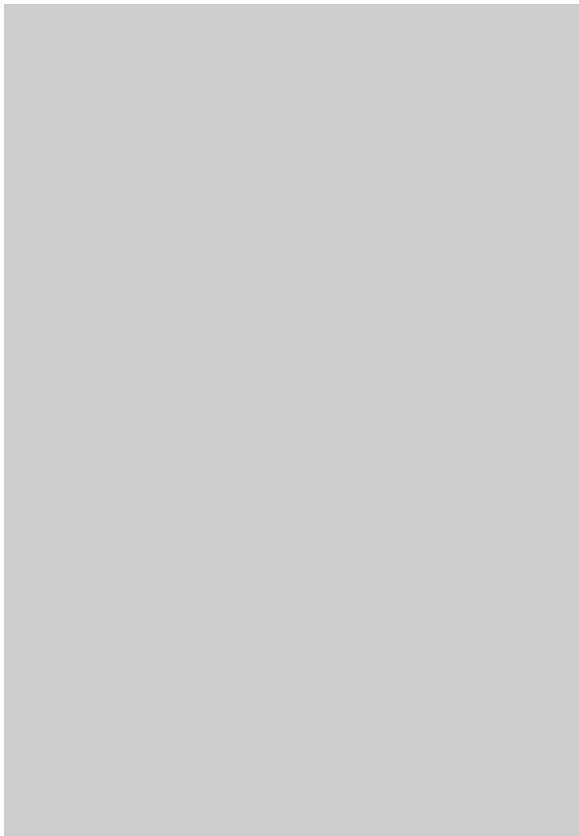
- Vertrauen in die Redlichkeit und Zahlungsfähigkeit der Partner in der Währungs-gemeinschaft,
- Vertrauen in die jetzige, vor allem aber in die zukünftige Annahme des Geldes,
- Vertrauen darin, dass die Wirtschaft auch künftig jene Güter zur Verfügung stellen

wird, die man dann zu kaufen wünscht, und

- Vertrauen in die Stabilität des Geldwertes.

In Anlehnung an Georg Simmel lässt sich somit feststellen: Geldkommunikation ist Vertrauenskommunikation in reinster Form. Soll die Geldverwendung in einer Gesellschaft gelingen, muss die Kommunikation der Währung zumindest diese vier Vertrauens-horizonte glaubwürdig vermitteln.

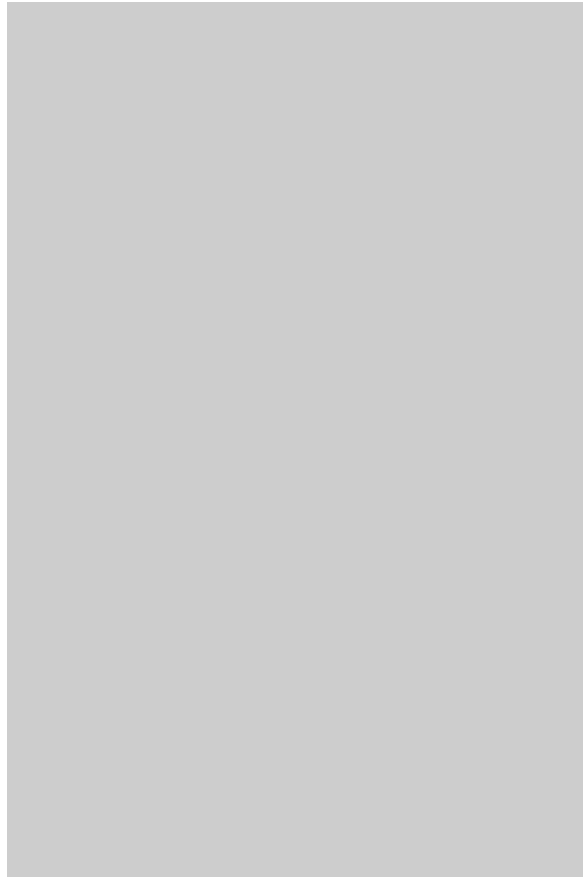
Mit der hier vorgestellten Geschichte der Mark der DDR soll daher der Versuch un-ternommen werden, die öffentliche Kommuni-kation dieser Währung nachzuzeichnen.



(Foto: Bildarchiv DHM)

Warenparadies der Werktätigen: „So wie wir heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein!“, erklärte die Weberin Frida Hockauf.

Plakat zum Fünfjahrplan 1951



(Foto: Bildarchiv DHM)

Wahlwerbung mit der Mark: „Gesunde Wirtschaft - gesicherte Mark.“

Propagandaplakat zur Volkskammerwahl 1950.

---

---

Über diese Mark wurde allerdings nicht nur in den Zeitungen der ostdeutschen Währungsgemeinschaft geschrieben, sondern auch in denen der Bundesrepublik. Die Währungsgemeinschaft der Westmark umfasste ja auch die übergroße Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger der DDR. Da

eine gelungene Geldkommunikation notwendigerweise eine Vertrauenskommunikation sein muss, gerät dieser Band zu einem Beitrag zur Geschichte des Vertrauens im geteilten Deutschland – und der Ästhetik von „Vertrauen“ am Beispiel von Geld und Währung.

Vierziger- und  
Fünfzigerjahre:  
Der „Kampf“ um die  
Mark der Deutschen  
Notenbank





Notenserie 1948.

(Fotos: KfW-Archiv, Berlin)

## Die „Tapetenmark“

Genau besehen, wurde die Mark in der DDR nicht nur in jenem Sommer des Jahres 1956, sondern gleich mehrfach aus der Taufe gehoben. Das erste Mal am 25. Juli 1948, als auf Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung neue Geldscheine mit der Währungsbezeichnung „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ eingeführt worden waren. Die neuen Geldzeichen lösten das Übergangsgeld ab, die so genannte Kuponmark, welche als Reaktion auf die Währungsreform im Westen schon länger geplant und ebenfalls propagandistisch in Szene gesetzt worden war. Als Antwort auf die Einführung der „Deutschen Mark“ im Westen ließ die östliche Besatzungsmacht die in der sowjetischen Besatzungszone umlaufenden Reichs- und Rentenmarknoten mit kleinen Wertmarken, so genannten Spe-

zialkupons, bekleben. Die ostdeutsche Propaganda wollte Glauben machen, dies sei eine notgedrungene, der Überraschung geschuldete, spontane Reaktion auf das währungs- und allgemeinpolitische Zerwürfnis der Besatzungsmächte seit 1947. Es handelte sich jedoch um eine schon seit dem Vorjahr geplante Aktion. Schließlich mussten allein Kupons für eine Gesamtgeldmenge von mehr als 4,1 Milliarden Mark in sieben Wertstufen gestaltet, gedruckt und geklebt werden. Die Vorbereitungen zum Druck der neuen Geldscheine und der Kupons hatten bereits im Herbst 1947 begonnen; so kam es, dass die in Leipzig gedruckten Kupons bereits seit März 1948 für einen eventuellen Einsatz bereit lagen. Vom 21. Juni 1948 an, gerade einmal drei Tage nach der Ankündigung der Währungsreform im Westen, waren auch in der Sowjetischen Besatzungszone nur noch die umbewerteten und mit Aufklebern versehenen alten Geldscheine



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/U 0409/501)

Von der Reichsmark zur D-Mark (Ost): Im Berliner Stadtkontor werden im Juli 1948 die ersten neuen Geldscheine ausgegeben.

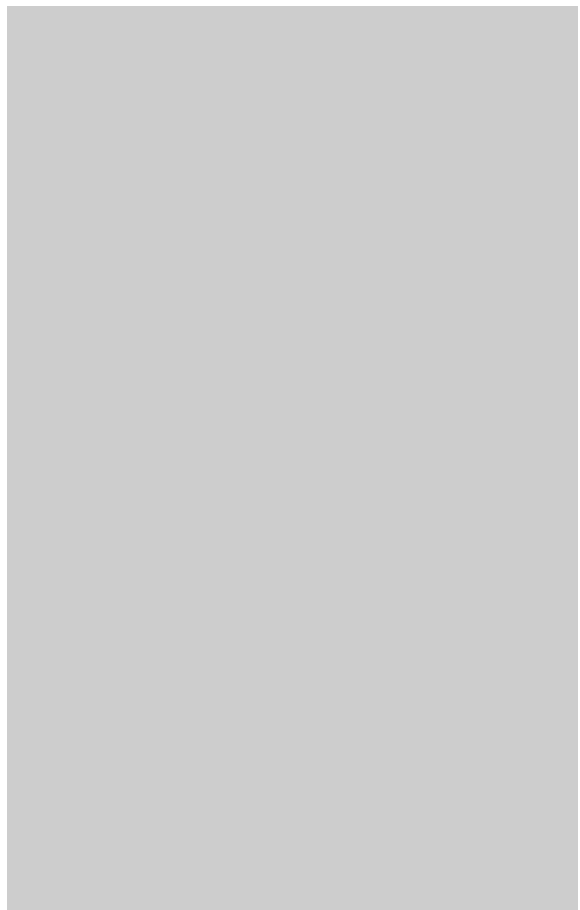
gültig. Dieses Geldprovisorium blieb einen guten Monat lang in Kraft, litt jedoch noch unter dem Vertrauensschwund, dem die Reichsmark schon seit 1943 kontinuierlich ausgesetzt war. Diese Währung wurde im Volksmund auch „Tapetenmark“ genannt und erwies sich überdies binnen kürzester Frist als höchst anfällig für Fälschungen. Die Kupons waren primitiv gestaltet und es kam durchaus vor, dass Angehörige der sowjetischen Armee mit ganzen Bögen von Kupons einen schwunghaften Handel trieben.

### Die Mark des „Dollarimperialismus“

Die neuen Banknoten in Westdeutschland, die seit jenem legendären 20. Juni 1948 in Umlauf gesetzt wurden, waren in Amerika gedruckt und unter strengster Bewachung und Geheimhaltung nach Deutschland verschifft worden. Diese neue „Deutsche Mark“ mutete daher wie Dollarnoten an, weswegen die neue Westmark von den SED-Agitatoren sogleich als „Kolonialgeld“ und als „Schwindelwährung“ gebrandmarkt wurde. Das unverkennbare US-Design der neuen Geldzeichen ließ sich bestens für die deutschlandpolitische Agitation der SED benutzen, denn die Einheitssozialisten setzten in dieser Zeit mit aller Macht auf die nationale Karte. Die SED sah sich als Wahrer nationaler Traditionen in Deutschland. Während die Einheitspartei für die Einheit der Nation kämpfte, so die Ostberliner Lesart, organisierten die Angloamerikaner und ihre westdeutschen Helfershelfer den Ausverkauf deutscher Interessen. Die neue Westmark in Gestalt einer Dollarnote ließ sich also mühelos zum Symbol dieser Politik stilisieren. In diesem Sinne erklärte Walter Ulbricht vor dem Parteivorstand der Einheitspartei: Im

Westen kämpften „die Spalter Deutschlands, die Vertreter des Dollarimperialismus und des englischen Großkapitals, die dabei sind, in Westdeutschland eine Protektoratswirtschaft zu errichten.“

Auf eine solch weit gehende Revolution in der Gestaltung der Banknoten verzichtete man in der Ostzone folglich mit Bedacht. Hier zeigte man sich stolz, dass die dort gewählte Stückelung der Banknoten einer deutschen Tradition folge, die sich bis ins Jahr 1876 zurück verfolgen lasse. Die Gestaltung der Noten selbst blieb ideologisch und propagandistisch entschlossen



*(Foto: Fotothek K. O. Mai, Bild Karl Heinz Mai, Leipzig)  
Feindbild Saboteur: Agitationsplakat in Leipzig.*

---



neutral. Auf den mit Ornamentrahmen verzierten Scheinen, die in der sowjetischen Besatzungszone gedruckt worden waren, fanden sich keinerlei Abbildungen, keine Porträts und keine Bauwerke, keinerlei Symbole, keinerlei Texte. Die Grafiker stellten den Nominalwert der Scheine, in Ziffern und in Worten, in den Mittelpunkt. Das vom politisch-moralischen Anspruch bessere deutsche Geld gab sich in seinen ersten Jahren also ideologisch vorerst völlig offen. Diese Neutralität, die überdies mit dem Versuch verbunden war, die Scheine auch in der Farbgebung an deutsche Traditionen anzulehnen, sollte eine gesamtdeutsche Option offen halten. Banknoten, die auf den ersten Blick nichts weiter darstellten als ihren bloßen Wert, konnten eventuell auch in ganz Deutschland, also auch in den Westzonen, eingesetzt werden. Diese Mark, immerhin mehr als ein Jahr vor der Gründung der DDR verausgabt, wollte durch ihre gestalterische Offenheit also deutschlandpolitisches Vertrauen schaffen.

Während die Deutsche Mark des Westens stets ihr Territorium für sich allein reklamieren konnte, konkurrierte die Deutsche Mark des Ostens zu jeder Zeit mit ihrer westdeutschen Zwillingschwester. Das war aus der Sicht der ostdeutschen Machthaber fortan ein beständiges Ärgernis. Die beiden deutschen Mark-Währungen galten zunächst in ganz Berlin, wo beide bis zum 20. März 1949 als Zahlungsmittel Gültigkeit beanspruchten. Danach wurden beide Währungen in Westberlin gehandelt, und natürlich in der DDR selbst, wo die Westmark stets eine real existierende Zweitwährung blieb. Die relative Schwäche der Ostmark und die Stärke der Westmark war seit 1949 nahezu ohne Unterbrechung das zentrale Muster, mit welchem die Bürgerinnen und Bürger der DDR

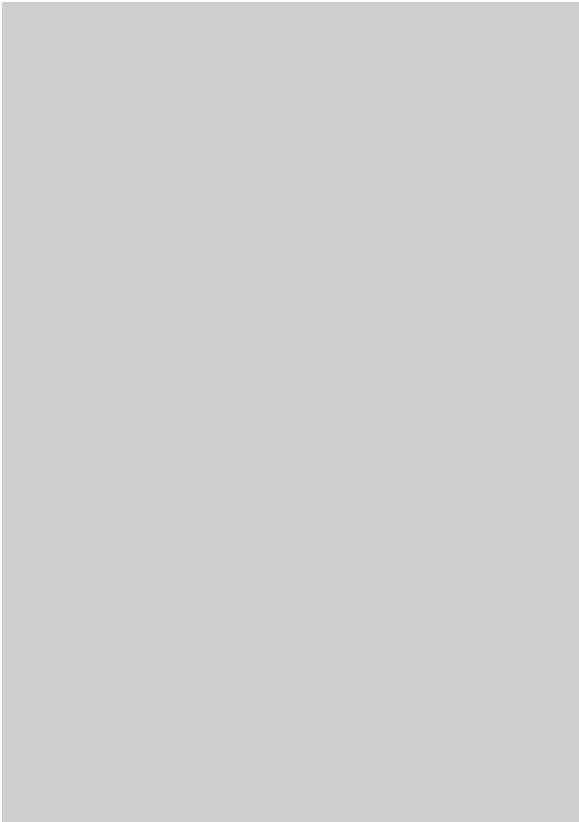
ihre Mark wahrnahmen. Und diese Schwäche wurde bereits 1949, in den sensiblen Wochen nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, für jedermann sichtbar und erfahrbar.

### Misstrauen statt Vertrauen

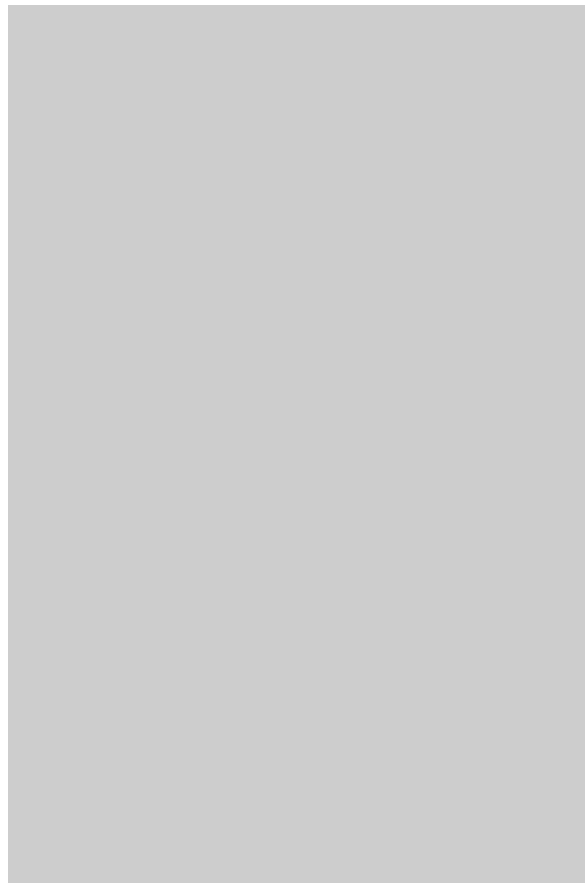
Es war ein denkbar schlechtes Omen, dass der Kurs der Ostmark genau einen Tag nach der Regierungsbildung in der DDR und den auf den 7. Oktober 1949 folgenden Monaten rapide absank. In den ersten Monaten des Jahres 1950 war der Wert der Ostmark, gemessen am Wert der Westmark, auf über eins zu zehn gerutscht; erst 1951 sollte sich diese Wertzuweisung wieder verbessern. Die miserablen Werte der Jahre 1949 und 1950 waren nicht nur eine ständige Blamage für die neue Arbeiter-und-Bauern-Macht, sondern sie griffen auch schmerzlich in das Alltagsleben der Ostdeutschen, vor allem der Ostberliner, ein. Bei einem solch schlechten Kurs konnten sie für ihre Ostmark immer weniger Westmark eintauschen und sich – im Bedarfsfalle – immer weniger Waren aus den Regalen des Westens dazukaufen. Bereits anderthalb Jahre nach der enthusiastischen Einführung der neuen Mark auch im Osten brodelte die Gerüchteküche: Waren womöglich massive Ostmarkverkäufe hoher Ostzonen-Funktionäre an dieser Baisse schuld? Die Süddeutsche Zeitung mutmaßte damals, die Parteihierarchen wollten aus einer drohenden zweiten Währungsreform in der Ostzone auch noch Kapital schlagen. Die Furcht vor einem erneuten Währungsschnitt jedenfalls blieb in den ersten beiden Jahrzehnten bei den Bürgerinnen und Bürgern der DDR stets vorhanden. „Das Ver-

hältnis des Normalverbrauchers gegenüber dieser Währung wird deshalb in erster Linie aus dem starken, immer wachen Misstrauen deutlich, das er ihr entgegenbringt. Er verspürt, in der Gesamtheit gesehen, wenig Neigung zum Horten oder Sparen, obwohl er vom Staat dazu mit Hilfe von schreienden Plakaten allerorts aufgefordert wird," berichtete ein anonym bleibender Korrespondent aus Dresden noch im Mai 1953 der Stuttgarter Zeitung. Er erwähnte einen weiteren neuralgischen Punkt, welcher diese Währung nicht gerade zu einem Hort des Vertrauens mache: Die vergleichbar hohen Preise für Lebens- und Konsumartikel und die

propagandistisch ausgebeuteten Preissenkungen. „Aber diese scheinbar so moralisch einwandfreie HO, die zur Bekräftigung dieser Moral ihre Preise unter einem Riesenaufwand schreiender Propagandaposaunen inzwischen mehrere Male senkte, hat ein Janusgesicht.“ Ganz richtig wird festgestellt, dass es das Ziel des Staates war, „die Geldreserven der breiten Bevölkerungsmasse auf dem Umwege über deren riesigen Nachkriegsbedarf dem Staate wieder zufließen zu lassen.“ In der Tat gab es schon seit der Währungsreform einen enormen Geldüberhang, der sich auf Grund des schwachen Warenangebotes während der



*(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/12969/1)*  
*Werbung für das Sparen: Die starken Arbeiterhände schaffen „immer mehr Waren“ – und damit Vertrauen in eine lichte Zukunft.*  
*(Plakat von 1951)*



*(Foto: Bildarchiv, DHM)*  
*Propaganda für eine einheitliche Währung in Berlin: Versprechen von Wohlstand und „Normalisierung“.*

---

Fünzigerjahre ständig vergrößerte. Die ungeliebten überhöhten Preise sollten diese Reserven in den Händen der Werktätigen abbauen helfen. Die „Ostmark“, so der Volkskorrespondent des Westens, werde zur klingenden politischen Münze, von der auch die Besatzungsmacht profitiere. „Mit dieser Münze bestreitet das ‚völkerbefreiende sowjetische System‘ seine ungeheure, nerven- und markerschütternde Propaganda-leier.“

### Die Ostmark wird „vergoldet“

Im Gefolge des 17. Juni und des „Neuen Kurses“ unternahm die DDR-Führung mit

Billigung der Sowjetunion noch 1953 einen spektakulären Versuch, die ostdeutsche Mark aufzuwerten. Der Ministerrat setzte per Dekret für die DM-Ost einen Goldgehalt von sagenhaften 0,399902 Gramm fest. Der Goldgehalt der DM-West war vom Internationalen Währungsfonds dagegen mit 0,211588 Gramm festgelegt worden. Das so definierte Verhältnis hätte die radikale Umkehrung der Paritäten zur Folge gehabt: Eine DM der „Ostzone“ entsprach nach diesen Sätzen 1,89 DM (West). „Wenn man einem schlechten Geld befehlen könnte, zum guten Geld zu werden, dann hätte die Sowjetzone seit Donnerstag ein gutes Geld, ein ausgezeichnetes sogar,“ kommentierte die Stuttgarter Zeitung diesen Coup im Oktober 1953. Die urplötzlich „vergoldete Ostmark“ hatte für die Westpresse wieder einmal ihren illu-



(Foto: SLUB, Deutsche Fotothek, Höhne/Pohl)

Politische Propaganda mit den Preisen: Mitarbeiter der Dresdner Verkehrsbetriebe beschriften 1953 einen Straßenbahnwagen.

sionären und verlogenen Charakter offenbart. Die „Ostmark mit Goldschimmer“ behalte freilich nur solange ihren trügerischen Glanz als die Sonne Moskaus wohlwollend darauf scheine, konnte man im Westen weiter lesen.

„Die Währung auf fester Grundlage“: Die Zeitungen der DDR feierten die Goldparität natürlich als einen weiteren Beweis für die Festigung der Arbeitermacht, für die wachsende Potenz der Wirtschaft und der Währung der DDR. Dieser spektakuläre Wert sei keineswegs willkürlich festgelegt worden, sondern entspreche dem Verhältnis der Preis-

niveaus in der UdSSR und der DDR, argumentierte die Tägliche Rundschau, die Zeitung der sowjetischen Kontrollkommission. Der Vertrauenshorizont der Ostmark habe sich zwischenzeitlich erheblich ausgeweitet. Die Stabilität der Deutschen (Ost-)Mark und ihr Kurs werde fortan nicht mehr nur durch die Stabilität der Wirtschaft in der DDR selbst bestimmt, sondern überdies durch „die wirtschaftliche Stärke aller Länder des demokratischen Lagers, in erster Linie der Sowjetunion.“ Hinter dieser Mark sollte also nicht nur die kleine DDR, sondern die gesamte sozialistische Staatenwelt stehen. Dieser politisch-propagandistische Horizont ließ eine Aufwertung geradezu geboten erscheinen.

Die Vergoldung der Mark hatte in der Tat auch positive volkswirtschaftliche Aspekte. Offenbar mit Blick auf die schlechte Lage der DDR im Jahre 1953 wurde durch den günstigeren Goldkurs der Mark gegenüber dem Rubel der Ankauf von Waren aus der Sowjetunion erheblich begünstigt. Der „neue Kurs“ gegenüber dem Rubel wurde von der Zeitung *Der Volkswirt* denn auch als „unsichtbare Form der Subvention“ der DDR durch die Sowjetunion bezeichnet.

Überdeutlich jedoch erweist sich die Goldpropaganda des Jahres 1953 als ein Versuch, die ebenso mystische wie mythische Verknüpfung „Unsere Mark ist pures Gold“ aufzurufen. Dem chronischen Vertrauensmangel sollte durch die Vorspiegelung von Goldreserven des gesamten sozialistischen Lagers entgegengewirkt werden. Diese Gedankenverbindung zu akzeptieren, dürfte den Bürgerinnen und Bürgern der DDR umso schwerer gefallen sein, als die Kleinmünzen bereits seit 1949 aus leichtem Aluminium hergestellt wurden. Nicht zuletzt auch das eingangs vorgestellte Markstück bestand aus Leichtmetall.



*(Foto: SLUB, Deutsche Fotothek, Höhne/Pohl)  
Erster Schritt zur Selbstbedienung: Selbstbestimmter Einkauf in der Konsumgenossenschaft Dresden-Laubegast im Mai 1951.*

---

Aluminium stellt eine günstige und eine rationale Legierungsalternative dar – Münzen aus Aluminium wirken nicht respektlos und noch weniger vertrauensfördernd. In der späten DDR wurde das eigentlich harte, schwe-

re und seit jeher wegen seines – freilich nicht vorhandenen – Edelmetallgehaltes als besonders sicher geltende Münzgeld abschätzig „Alu-Chips“ genannt.

Sonntag, der  
13. Oktober 1957





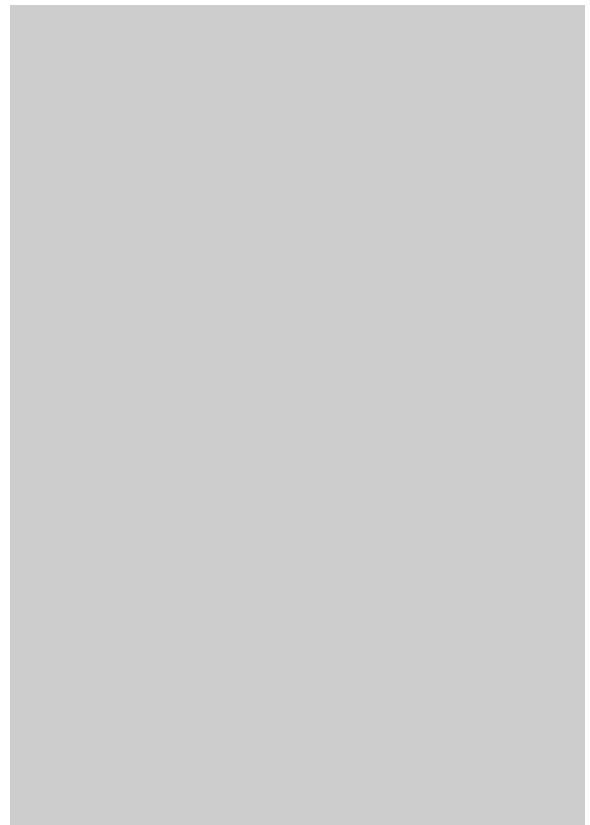
Notenserie 1955 (1957).

(Fotos: KfW-Archiv, Berlin)

Das neue Markstück war 1956 in turbulenten Zeiten hineingeboren worden. Seit 1955 sank der Kurs und das Ansehen der Ostmark wieder rapide, die Qualität der Nahrungsmittel blieb weiterhin bescheiden, das Angebot an Waren war unzureichend. Der „Mann auf der Straße“ rechnete nun tagtäglich mit einem neuen Währungsschnitt und hortete sein Geld, ohne es zu sparen. Die groß angelegte Sparwerbung dieser Jahre blieb fruchtlos. Für alle Eventualitäten wollte man sein Geld lieber nicht auf den staatlichen Sparkassen deponieren, sondern jederzeit greifbar zu Hause haben. Die Bonner Zeitung „Das Parlament“ kommentierte nicht ohne propagandistisch gefärbtes Pathos: „Die Opfer sind die 18 Millionen Mitteldeutschlands, die jeden wirtschaftlichen Unsinn direkt zu spüren bekommen. Sie arbeiten von morgens bis abends und können sich dafür nicht einmal das Notwendigste kaufen, weil es eben nichts gibt. Sie tragen das gebündelte Geld in der Tasche und müssen sich ein Pfund Zucker aus Westberlin holen. Jeder Ertrag ihrer Arbeit wird ihnen gestohlen. Und sie drehen die fast wertlosen Scheine der Notenbank je nach dem Temperament verzweifelt, wütend oder lethargisch in den Händen.“ Wenn die Decke der käuflichen Waren für die ausgegebene Geldmenge zu kurz ist, kommt es zu einer paradoxen Situation: Je mehr Geld die Bürgerinnen und Bürger der DDR mit der Zeit in ihren vielbeschworenen Arbeiterhänden hielten, umso mehr schwanden die Chancen, eine vertrauensvolle Haltung zu diesem Staat und zu seinen Geldzeichen aufzubauen. Die Regierung der DDR musste also den Versuch unternehmen, das viele vagabundierende Geld, das nur Unmut stiften konnte, abzuschöpfen.

## Der „Schlag ins Kontor“

Der Schlag dieses Sonntages sei offensiv gewesen. „Wir haben zuerst gezogen – überraschend, wohl durchdacht, in gemeinsamer Sache“, schrieb der Schriftsteller Stefan Heym im Oktober 1957 begeistert in der Berliner Zeitung: „Das war ein Schlag ins Kontor!“ „Das erfreut und hilft, das gibt Auftrieb, das beeindruckt die Menschen.“



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/50443/6)

Ein mustergültiger Staatsbürger: „Der Tiefbauingenieur H. S. tauscht seine alten Banknoten in der Grundschule Auguststraße, Berlin-Mitte, in neue Banknoten um“ (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN). Der Umtausch forderte von den Kassiererinnen und Kassierern höchste Konzentration: Die Gestaltung der neuen Banknoten war gleich geblieben – nur die Farbgebung hatte sich verändert.



Sonntag, der 13. Oktober 1957, werde in die Geschichte der Klassenkämpfe „als der Tag der ehrlichen Leute (eingehen) – der Tag an dem zum ersten Mal in einem deutschen Staat diejenigen, die ihr Brot ehrlich verdienen und ihr Geld ehrlich anlegen, die lachenden Gewinner waren, während die Schwindler und Spekulanten und Währungsschieber in den Mond (...) gucken durften.“ Diejenigen, die an der Spaltung verdient hätten, seien nun eines Besseren belehrt worden. Das seien nicht nur wenige einzelne, sondern dazu gehörten die Großschieber ebenso wie die Grenzgänger: Das sei ein lukratives Geschäft für viele, viele Tausende gewesen. „Und für all diese Leute war das Wort von der Wiedervereinigung Deutschlands leeres Gerede.“ Solange an der Spaltung verdient werde, bleibe der Kampf um die Einheit eine Sisyphusarbeit, so weit Stefan Heym.

Wie sah dieser Schlag aus, was war an jenem Sonntag im Oktober geschehen? Um acht Uhr morgens erklärte Otto Grotewohl über alle Radiosender, dass noch am selben Tage, binnen zehn Stunden, in der Deutschen Demokratischen Republik ein Umtausch aller im Umlauf befindlicher Ostmark-Banknoten stattfinden werde. Der damalige Ministerpräsident der DDR beeilte sich, seine völlig überraschten Zuhörer zu agitieren und zu beruhigen. Er versicherte, dass aus der Aktion niemandem ein Schaden entstehen werde, der „im rechtmäßigen Besitz“ von Banknoten sei. „Die Maßnahmen richten sich nur gegen Spekulanten, Agentenorganisationen, Kapitalistenkreise und westdeutsche Banken.“ Die „Monopolisten und Militaristen“ hätten „unter Ausnutzung eines künstlichen Schwindelkurses“ die Volkswirtschaft der DDR gestört und Spionage-Unter-



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/50443/7)

*Improvisierter Umtausch am Sonntag, dem 13. Oktober 1957: In Berlin-Johannistal ist die Umtauschstelle in einer Grundschule eingerichtet worden.*

---

nehmen finanziert. Das hierfür verwandte Geld solle mit der so genannten Aktion Schiebertod ungültig werden. Alle Ostmarkscheine würden daher im Laufe jenes 13. Oktober ungültig; im selben Atemzug erlangten die neuen Noten Gültigkeit. Doch angesichts der „Empörung und Beunruhigung unter der Bevölkerung“ musste Grote wohls Stellvertreter Otto Nuschke wenig später noch einmal erklären, dass nicht der geringste Anlass zur Panik bestehe. Die

„überfallartige Aktion“ sei eine Art „Selbstschutzmaßnahme“ und stelle eine regelrechte „Reifeprüfung“ für die DDR-Bevölkerung dar. Die Angestellten der Banken, Staatsbedienstete wie Lehrer und Parteifunktionäre wurden durch Lautsprecherwagen aufgefordert, sich unverzüglich zu ihren Dienststellen zu begeben. Jeder Bürger und jede Bürgerin der DDR und Ostberlins war angehalten, ab zwölf Uhr mittags in improvisiert eingerichteten Wechselstuben der Notenbank zunächst



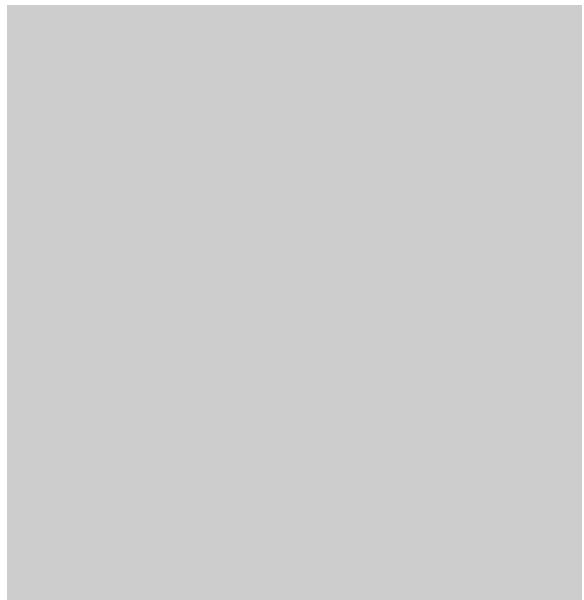
(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/50520/2)

*Schnellverfahren gegen „Währungsschieber“: Verhandlung vor einer Strafkammer des Stadtbezirksgerichtes Berlin-Friedrichshain am 17. Oktober 1957. „Die republikflüchtige 53jährige Angeklagte hat am 13. 10. 1957 auf ihren noch im Besitz befindlichen Personalausweis der DDR 300 DM in neue Banknoten der Deutschen Notenbank umgetauscht und versucht, weitere 2.617 DM umzutauschen“ (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN). Die Staatsanwaltschaft forderte ein Jahr Gefängnis für die Frau.*

300 Mark des alten Geldes gegen die gleiche Summe in neuen Banknoten umtauschen zu lassen. Wer darüber hinausgehende Bargeldbestände zu Hause hatte, sollte diese ebenfalls vorlegen. Sie wurden einem eigens einzurichtenden Konto des Einzahlers bei der Deutschen Notenbank gutgeschrieben, dessen Gegenwert wenige Tage später ausgezahlt werden sollte – sofern Überprüfungskommissionen, die vom folgenden Montag an ihre Arbeit aufnehmen sollten, diese Beträge freigeben würden. Die Freigabe erfolge dann, so die Bestimmungen dieses Geldumtausches, wenn die zuständige Kommission feststellen würde, dass diese Gelder nicht etwa „spekulativer Herkunft“ seien.

Drakonische Absperr- und Kontrollmaßnahmen flankierten diesen Währungsschlag: Ostberlin befand sich im Ausnahmezustand. Die Volkspolizei unterband den gesamten Verkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie zwischen Ost- und Westberlin. Mit Maschinenpistolen bewaffnete Volkspolizisten kontrollierten penibel jeden West- oder Ostberliner, der zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln über die Sektorengrenze kommen wollte. Die Fahrpläne der U-Bahnen gerieten durcheinander. An strategischen Punkten Ostberlins hatten Krad-Schützen der Volkspolizei, ebenfalls mit Maschinengewehren ausgerüstet, Posten bezogen. Die rigorosen Kontrollen sollten verhüten, dass während der Umtauschaktion nun wertlos werdende Ostgeldbestände aus dem Westen eingeschleust und kurzfristig umgetauscht werden konnten. Stefan Heym beschrieb das Szenario damals mit ebenso eindrücklichen wie agitatorischen Bildern: „In einem Raum am Bahnhof Friedrichstraße, wo gewisse Herrschaften darauf warteten, von der Volkspolizei näher betrachtet zu werden, lag das Geld wie Herbstlaub auf dem

Fußboden. An der Chausseestraße, jenseits der Sektorengrenze, schrieten die Budiker nach Krieg gegen die DDR. Am Bahnhof Zoo (in den dortigen Wechselstuben, R.G.) purzelten die Werte. An den Kontrollstellen entpuppten sich brave Bürger als versierte Pascher, harmlose Jugendliche als Besitzer beträchtlicher Vermögen. Was für ein Gestank! Was für eine Korruption, die hier von westlicher Seite durch die Spaltung der Hauptstadt eines gespaltenen Landes bewusst herbeigeführt wurde! Und doch bei uns, welche Moral! Welches Bewusstsein!“



(Foto: Ullstein)

„Mit militärischer Gewalt gegen Papiergeld?“

### **Der Geldumtausch als sozialistische Heldentat**

„Diesen 13. Oktober werden viele nicht so schnell vergessen!“ meinte die Neue Zeit, das Organ der ostdeutschen CDU zwei Tage später. „Am Sonnabend war man ins Bett gegangen mit dem Vorsatz, am Sonntag-

nachmittag Tante Emma in Neukölln oder den Fußballplatz zu besuchen. Man wollte sich ausschlafen und dann in den Tierpark oder gemütlich dreimal durch den Stadtpark gehen. Und all das blieb beim Vorsatz. Denn am frühen Morgen rief schon der Kollege an, klingelte der Hausvertrauensmann Sturm, hockte man im Bademantel vorm Radioapparat, schnitt man sich beim etwas überhasteten Rasieren. Und eines ist ganz sicher: An keinem anderen Tag des Jahres wurde in Berlin so viel vom Geld gesprochen wie an diesem nebligen Oktobersonntag...“ Die Zeitungen der DDR quollen am folgenden



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/50443/11)

*Die Feinde des Sozialismus werden ab- und vorgeführt: „Am Kontrollpunkt Bernauer Straße wurde in den Mittagsstunden des 13. Oktober 1957 der 55jährige Wilhelm St., wohnhaft im demokratischen Sektor von Groß-Berlin mit 8.000 DM angetroffen, die er aus Westberlin mitbrachte. St. stellte sich beim Überschreiten des Kontrollpunktes betrunken und glaubte, somit der Kontrolle entgehen zu können.“ (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)*

Montag und Dienstag von den Erfolgsberichten der „Aktion Blitz“ über. Sie berichteten von den aufgefliegenen Geldschmugglern, die noch rasch versucht hatten, in Strümpfen und Schuhen, im Mantelfutter oder direkt am Körper versteckte Gelder nach Ostberlin zu schaffen, um sie vor dem stündlich drohenden Verfall zu retten. Sie berichteten von der hellen Aufregung unter den gewohnheitsmäßigen Schiebern am Bahnhof Zoo: „Die sonst so lässig lümmelnden Gestalten versuchten mit zitternden Händen, die ergaunerten Ostmarkbeträge an den Mann zu bringen.“ Sie berichteten von den Besitzern der westberliner Wechselstuben, die nun keinen Reibach auf Kosten der Ostmark und damit auf Kosten der Schaffenden in der DDR machen könnten. Wenigstens für diesen Tag war der seit jeher heftig befahdete westberliner Umtauschkurs von eins zu vier Makulatur geworden. Um 22 Uhr, mit dem offiziellen Ende der Aktion, sei die „gesamte Schieberclique“ jedenfalls „restlos erledigt“ gewesen, konnte man lesen.

Natürlich habe es auch ängstliche Leute gegeben, räumte die Berliner Zeitung ein. Das gelte besonders für ältere Menschen, die früher schon einmal durch den „alten kapitalistischen Staat“ um ihre Ersparnisse betrogen worden seien. Die Zeitung berichtete von einer 83-jährigen Frau aus Pankow, die sicher mit ihrer Befürchtung nicht alleine stand, dass sie nun ihr mühsam zusammengespartes Geld verlieren würde. Als sie aber schließlich das neue Geld in ihren Händen abzählte, habe die Frau sichtlich erleichtert aufgeatmet: „Ja, man hat doch in seinem langen Leben schon viele schlechte Erfahrungen gemacht. Aber das ist in Ordnung, endlich eine Regierung, die uns nicht betrügt, die ehrlich ist und der man glauben kann, was sie sagt. Ich habe heute viel dazugelernt.“ Das



(Foto: Ullstein)

*Kontrollen am 13. Oktober 1957 an der Sektorengrenze.*

Bekanntnis des alten, skeptischen Mütterleins reihte sich ein in zahlreiche „Originaltöne“ von Menschen aller sozialen Gruppen, vor allem aber von Bauern, Gewerbetreibenden, Handwerkern und natürlich von Werktätigen, die den entschlossenen Schritt der Regierung begrüßten. Für den 78-jährigen Genossenschaftsbauern Fritz Steinmetz aus dem Kreis Sondershausen kam der Währungsschlag einer Heldentat gleich; der überraschende Umtausch sei „eine gute Tat für unsere sozialistische Sache“, wurde er im Neuen Deutschland zitiert. In diesem Sinne resümierte die Berliner Zeitung die „Grundstimmung“ im Volk, so wie sie die Partei ger-

ne sah. „Det traf die Richtigen, sagten die Berliner“: „Anerkennung für die blitzartige, gut vorbereitete Maßnahme der Regierung, Freude und Heiterkeit darüber, dass es denen, die sich seit Jahren durch den Wechselkurs an der ehrlichen Arbeit anderer bereichern, endlich ‚die Beene weghaut‘. Vertrauensvolle Abgabe auch solcher Beträge, die weit über 300 Mark hinausgehen. – Ein Sieg über Unsauberkeit und Unehrlichkeit.“

Zwar kam es in manchen Umtauschlokalen zu Verzögerungen bei der Ausgabe der neuen Währung, weil die Geldtransporte

---

zuweilen auf sich warten ließen, aber es konnte bereits am Montag nach diesem eintägigen Mammutunternehmen keinen Zweifel daran geben, dass dem zweiten deutschen Staat eine logistische und politische Meisterleistung gelungen war. Die unfreiwilligen und freiwilligen Helferinnen und Helfer ahnten in der Frühe jenes Sonntags noch nicht, dass sie in Kürze zum großen Geldzählen aufgerufen werden würden. Das Neue Deutschland zeigte sich zu Recht von der spontanen Loyalität vieler begeistert: „Durch nichts als ihre eigene Einsicht veranlasst, meldeten sich binnen weniger Stunden nach dem Rundfunkaufruf Hunderttausende zur Mitarbeit an den zahlreichen Aufgaben dieser riesigen Organisations- und Arbeitsaufwand erfordernden Aktion. (...) Sie wussten und rechneten damit, dass bei einer so gewaltigen und kurzfristig durchzuführenden Sache auch Mängel und Schwierigkeiten nicht ausbleiben können.“ Bewusst aber hätten die Mitarbeiter die physischen Strapazen dieses Sonntags auf sich genommen. Doch nicht nur bei ihnen sei ein „hohes Staatsbewusstsein“ festzustellen. „Von einigen Zweiflern abgesehen, nahm die gesamte Bevölkerung diszipliniert und ohne jede Panik die Unbequemlichkeiten in Kauf, die sich aus der Umtauschaktion für sie ergaben und ergeben mussten.“ Alle Zeitungen des Ostens werteten diesen Sonntag daher als Zeichen eines unverbrüchlichen Vertrauens in den sozialistischen deutschen Staat. „Dieses Vertrauen und diese Einsicht zeugen von der großen politischen Reife der Bevölkerung.“ Die Geldverteilung habe bewiesen, „dass in unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht die Beziehungen, das Verhältnis der Massen zu ihrem Staat in Ordnung sind“. Der Geldumtausch, so die Neue Zeit, sei eine „Bewährungsprobe für die Bevölkerung unserer Republik“ gewesen. Und: Sie habe diese Probe mit Bravour

bestanden. Die Großtat des Geldumtausches stellte sich also bereits am Tag danach als ein heldenhafter Akt dar. Nicht von ungefähr erinnerte man im selben Atemzug an den 13. Oktober des Jahres 1948, als der Bergmann und sozialistische Held Adolf Hennecke seine logistische Meisterleistung vollbracht hatte: „Die Bürger unserer Republik schätzen den 13. Oktober. Seit Adolf Henneckes großer Pioniertat gilt der 13. Oktober als ein Datum der friedlichen, schöpferischen sozialistischen Arbeit für die Interessen des Volkes. (...) So schlug es am 13. Oktober (1957, R.G.) für das imperialistische Geschmeiß in Westberlin dreizehn! Wir aber gehen am heutigen Montag, durch die gute Tat unserer Regierung bestärkt, mit neuem Schwung an unsere guten Taten für unsere gemeinsame sozialistische Sache“ („Dreizehn ist eine gute Zahl“, aus: Vorwärts, Ostberlin).

### Der Geldumtausch als krimineller Raubzug

Partei und Regierung hatten die Bevölkerung der DDR in der Tat auf eine eklatante und politisch immer noch riskante Weise herausgefordert – immerhin gerade einmal vier Jahre nach den traumatischen Ereignissen des Jahres 1953. Dass das Damoklesschwert eines Währungsschnittes tatsächlich schon seit mindestens zwei Jahren über der Bevölkerung schwebte, bestätigte sich an jenem Oktobersonntag ebenfalls augenfällig: Die neuen, diesmal in der Moskauer Staatsdruckerei produzierten Geldzeichen bargen keine grafischen Überraschungen; sie waren von der Gestaltung her die alten. Man hatte die politisch neutralen Noten des Jahres 1948 nochmals aufgelegt – mit dem einzigen Unterschied, dass den einzelnen



*(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/50443/10)*

*Die Volkspolizei stellte große Mengen von Banknoten sicher, die im Laufe jenes Sonntages im Oktober illegal wurden.*

Wertstufen nunmehr andere Farben zugewiesen worden waren. Und mit der kleinen Überraschung, dass auf den neuen Scheinen als Ausgabejahr nicht 1957, sondern „1955“ verzeichnet war. Davon freilich war keine Rede in den Zeitungen des Ostens gewesen – umso mehr aber in den durchweg kritischen Kommentaren im Westen. Damit, so Die Zeit, sei „der eindeutige Beweis dafür erbracht, dass Herr Grotewohl und sein Regime einen solchen Überraschungscoup schon seit Jahren geplant haben – wenn es auch immer wieder abgestritten worden ist (...) Dass – wieder einmal mehr! – die Unglaubwürdigkeit des ostzonalen Regimes durch diese Umtauschaktion drastisch erwiesen worden ist, scheint uns

ein propagandistisch wichtiges Nebenprodukt jener Gewaltmethoden zu sein, die ja überall jenseits wie diesseits der Zonengrenzen eine erbitterte und empörte Reaktion ausgelöst haben.“ Mit dieser „Terror-Aktion“ habe das Regime der Bevölkerung der „Zone“ nachdrücklich demonstrieren wollen, „wie riskant es ist, irgendwelche regierungsseitigen Anordnungen nicht auszuführen. Die fortgesetzten, in letzter Zeit gesteigerten Bemühungen des Staates, „den Bürgern das Geld aus der Tasche zu locken – durch kräftige Werbung für Sparen, durch Sparprämien, durch die Einführung von Abzahlungskäufen – sind ohne Wirkung geblieben. Eine Generation, die nach Kriegsende die Kontensperrung durch die Rote Armee erlebt hat,

die erst Reichsmark in ‚Tapetenmark‘ und dann diese wieder in Ostgeld tauschen musste und die – will sie stabile Schuhe oder Kleider und Anzüge aus soliden Stoffen erwerben – nach Westberlin fahren und dort ihre sauer verdienten Mark gegen Westwährung vervierfachen muss – diese Menschen haben das Vertrauen in die Geldinstitute eines Staates, dem sie ohnehin misstrauen, längst verloren.“ Es habe allerdings in der Tat keine Unruhen in Ostberlin gegeben, weder „Empörung noch Widersetzlichkeit“. In einem Polizeistaat dürfe man das aber auch nicht erwarten. Dieser Geldumtausch sei Ausdruck eines „finanzpolitischen Klassenkampfes“, hieß es ebenfalls in der Wochenzeitung aus Hamburg. Im Kern habe sich dieser „Währungsschnitt“ gegen den verbliebenen Rest selbstständiger Geschäftsleute, Handwerker, Bauern und privater Sparer gerichtet. Die Presse Westdeutschlands war sich einig, dass an jenem Nebeltag des Jahres 1957 „Millionen“ eigener Bürger „von ihrem Staat bestohlen“ worden seien, so die Frankfurter Neue Presse, dass die DDR-Regierung einen „währungspolitischen Staatsstreich“ gegen die eigenen Leute geführt, so die Frankfurter Allgemeine, und dass es sich hier um einen „infamen Raubzug auf die Spargelder der Bevölkerung“ gehandelt habe, so der Kommentar des Bonner General-Anzeigers. Und die Bonner Bundesregierung sprach in solch aufgeladener Atmosphäre schon fast sachlich von einer „kalten Enteignung in der Sowjetzone“. Sie solle den „Sowjetzonenmachthabern“ dazu verhelfen, aus inneren Schwierigkeiten und eigener Unzulänglichkeit herauszukommen und dafür den armen Bürger und Arbeiter büßen zu lassen. Die Aktion sei ein neuerlicher Beweis dafür, „dass es in einem totalitären Regime weder Beruhigung noch Sicherheit gebe.“ Dieser „Währungsputsch“

des dämonischen Walter Ulbricht „und seiner Bande“ müsse als eine weitere „Machtdemonstration gegen die deutsche Einheit“ verstanden werden, wetterte der katholische Rheinische Merkur ganz in der Art des Kalten Krieges. Die in der „Zone“ herrschende „Totalität“, so Die Welt, habe sich wieder einmal offenbart: Mit „kalter Präzision und keulenartiger Gewalt“, mit Volkspolizei und Maschinengewehren seien die kommunistischen Machthaber „gegen Papiergeld!“ vorgegangen. „Deutlicher konnte man auch nicht ausdrücken, dass das Geld in der Zone nur eine Funktion der Staatsgewalt ist, und das ist immer ein deutliches Zeichen eines totalitären Anspruchs.“

Das Geld wurde auch von den Kommentatoren des Westens als Symbol der jeweiligen Gesellschaftsordnung in Anspruch genommen. Der Charakter eines Staates, so die Süddeutsche Zeitung, habe sich schon seit jeher in seinem Geldsystem gespiegelt. Es habe in der Geschichte „aristokratisches“ und „verkommenes“ Geld, „soziales“ und „brutales“, „nationalistisches“ und „liberales“ Geld gegeben. Die Geldpolitik des Regimes, das im Ostberliner Stadtteil Pankow residiere, aber lasse mit aller Klarheit erkennen, dass es sich hier um einen Polizeistaat handele, der nicht davor zurückschrecke, die Bürger auf der Straße anzuhalten und ihre Briefftasche zu kontrollieren („Das verbotene Taschengeld“), und sie anschließend auszurauben. Diese Vorwürfe stützten sich vornehmlich auf die sogleich geäußerte Vermutung, dass die Kommissionen, denen vor allem SED-Funktionäre und Aktivisten angehörten, die Beträge über dreihundert Mark in der Regel konfiszieren würden und die ehrlichen Leute in der DDR auf diesem Weg wieder einmal betrogen werden würden.



## Die Verlierer: Geschäftsleute und Grenzgänger

In der Tat fürchtete sich so mancher Geschäftsmann in der DDR, seine häuslichen Bargeldbestände an diesem Sonntag offen zu legen. Seit Jahren galt die alltagsfremde Bestimmung, dass die Tageseinnahmen aus Gewerbebetrieben noch am selben Abend auf ein Girokonto einzuzahlen waren. Kleine Händler und Handwerker behielten aber entgegen den gesetzlichen Bestimmungen manche Mark ihrer Einnahmen zu Hause, um eventuell angesichts des chronischen Warenmangels rasch und problemlos Güter aufkaufen zu können, wenn sich nur eine Kaufmöglichkeit auftat. Auch Privatpersonen hatten gern Geld zur Hand, um auf die gewöhnlich ruckartige Warenversorgung sofort reagieren zu können. An jenem „schwarzen Sonntag“ landeten daher Abertausende von Ostmark nicht nur in Westberlin im Müll und im Ofen, sondern auch in der DDR.

Zeitzeugen erinnern sich noch heute an Mülltonnen „voller Hundertmarkscheine“. Handwerker versuchten zu retten, was zu retten war, und zahlten noch im Laufe des Sonntages zurückbehaltene Löhne aus, Verwandte und Freunde halfen sich aus, um die problemlose Tauschquote von dreihundert Mark möglichst weitgehend auszunutzen. Und dennoch kam es am Montag, dem 14. Oktober, zu Entdeckungen wie dieser: Am Tag danach sei der ihm bekannte Heizer ins Nachbarhaus gegangen, erzählt ein Augenzeuge aus Leipzig, ein Mitglied der Aufbaugeneration. „Er öffnete die Mülltonne und da war sie voller Fünfzig- und Hundertmarkscheine. Da hatte es also jemand mit der Angst zu tun gekriegt und hatte sich nicht getraut, das Geld umzutauschen.“

Und der Heizer kam zu uns in die Werkstatt: „Hier ihr jungen Kerle, ihr wollt doch alle neue Motorräder kaufen, da habt ihr Geld.“ Und er warf die Scheine herum. Viele, viele Tausende von Mark, und wir haben damit herumgeballert.“

Walter Ulbricht, der Erste Sekretär der Partei, vermeldete bald einen großen Erfolg: 600 Millionen Mark seien mit dieser Aktion an einem einzigen Tag den „westberliner und westdeutschen Währungsspekulanten“ aus den Händen geschlagen worden. Die Differenz zwischen ursprünglich in Umlauf gegebenen und im Laufe des Sonntags eingezogenen Banknoten belief sich jedoch lediglich auf einen Gesamtwert von rund 400 Millionen Mark. Entgegen den westlichen Befürchtungen und Prophezeiungen regulierten die Kommissionen die auf Konten kurzfristig eingefrorenen Beträge tatsächlich großzügig – nur hier und dort wurden Kontobeträge über zweitausend Mark unter die Lupe genommen, wohingegen erst Beträge ab fünftausend Mark regelmäßig auf ihre Herkunft überprüft wurden: Die Bürgerinnen und Bürger der DDR sollten nun die Erfahrung machen: „Das Wort unserer Regierung gilt“. Der liberaldemokratische Morgen sprach vom „Untergang einer großen Lüge“, das Neue Deutschland verwies auf die „reibunglose Auszahlung“ und denunzierte die „falschen Propheten“ des Westens.

Infolgedessen dürfte sich der reale „Währungsschnitt“ gerade einmal auf einige wenige hundert Millionen Mark belaufen haben. Die Verluste in Westberlin und in der Bundesrepublik machten nach übereinstimmender Auffassung der Zeitgenossen schätzungsweise zwanzig bis höchstens fünfzig Millionen Mark aus. Den Schaden hatten tatsächlich diejenigen, die die unterschiedlichen Kurse in Ost und West privat oder ge-

---

schäftlich nutzten beziehungsweise ausnutzen. Geschädigt wurden in größerem Ausmaß diejenigen Bürgerinnen und Bürger der DDR, die gar zu hohe Bargelddbeträge zu Hause gehortet hatten. Die spektakuläre Geldaktion des 13. Oktober 1957 zeitigte unter finanzpolitischen Aspekten also keine hinreichenden Erfolge, denn der fatale, überdimensionierte Geldüberhang blieb erhalten.

Stefan Heym zeigte sich in seinem Beitrag für die Berliner Zeitung erfreut darüber, dass sich der spektakuläre Währungsschlag vom Oktober 1957 auch gegen die „Grenzgänger“ gerichtet habe. Kein Zweifel, die Ostberliner Führung wollte nicht nur Geschäftsleute und gewohnheitsmäßige Schieber



Walter Ulbricht als Wegelagerer: Karikatur aus „Die Zeit“ gegen den „Raubzug des sozialistischen Polizeistaates“. (Oktober 1957)

treffen, sondern auch folgende Personen-Gruppe: dabei handelte es sich um Arbeitspendler, die seit der Trennung Berlins in einem Teil der Stadt wohnten und im anderen Teil der Stadt arbeiteten.

Ein Dorn im Auge der Einheitssozialisten waren allerdings nicht die so genannten Ostgrenzgänger, also Werktätige, die in Westberlin lebten und im Osten Berlins oder im Bezirk Potsdam arbeiteten. Im Jahr 1950 waren das immerhin über 90.000 Werktätige. Die Ostberliner Propagandisten hofften bis 1953, diese Leute für die Sache des DDR-Sozialismus gewinnen zu können. Da sie ausschließlich in Ostmark entlohnt wurden, so die ostdeutsche Propagandastrategie, müsste diese Gruppe von Werktätigen geradezu selbstverständlich gegen die westliche Politik der Abgrenzung, gegen die Politik der „Spaltung“ Front machen. Die Ostgrenzgänger müssten an einer einzigen Währung in einer ungeteilten Stadt Interesse haben – und diese Währung sollte die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank sein. Dieses Kalkül ging freilich nicht auf. Nicht wenige Ostgrenzgänger waren nach Erkenntnissen der DDR-Regierung maßgeblich an der Bewegung des 17. Juni 1953 beteiligt, was sogleich zu Massenentlassungen von Westberliner Bürgerinnen und Bürgern aus Ostberliner Betrieben und Einrichtungen, auch Schulen, führte. Nicht weniger als 16.000 Westberliner verloren im Jahr des Juniaufstandes ihre Arbeitsplätze im – so die Propaganda –, „demokratischen“ Berlin, also im Osten.

Der große Dorn im Auge der Einheitssozialisten waren jedoch die so genannten Westgrenzgänger: Arbeiterinnen und Arbeiter, die in jenem „demokratischen Sektor“ Berlins wohnten und in der vom Osten so genannten „Frontstadt“, mithin in Betrieben des Westteils, ihrer Arbeit nachgingen. Anfang

der Fünfzigerjahre bestand diese Gruppe aus Arbeitskräften, die seit jeher, also bereits vor Kriegsende, in Betrieben des Westens gearbeitet hatten. Ursprünglich erhielten diese Grenzgänger ihren Lohn zu neunzig Prozent in Ostmark und zu zehn Prozent in Westmark ausgezahlt. Der Anteil an Westgeld sollte die Auslagen, die ihnen im Westen entstanden und dort beglichen werden mussten, also vor allem die Fahrtkosten, abdecken. Dieser Anteil an Westmark war jedoch hochpolitisch: Er entwickelte sich im Laufe der Fünfzigerjahre zum eigentlichen

Anreiz für zahlreiche Werktätige, im Osten zu leben und im Westen zu verdienen. Denn die ausgezahlte Westmark konnten diese Grenzgänger sogleich in den Westberliner Währungsstuben zu sehr günstigen Kursen von 1 zu 4 oder gar 1 zu 6 gegen Ostmark eintauschen. Das verschaffte dieser Gruppe einen spürbaren Vorteil beim Einkauf in den ostdeutschen Kaufhallen oder in den Geschäften der vergleichsweise teuren HO (Handelsorganisation). Da diese Gruppe auf diese Weise über regelmäßige Einkünfte in Westmark verfügte, konnte sie sich zudem



*Entschlossener Werktätiger im Sonntagsstaat: Karikatur aus dem „Neuen Deutschland“ vom 15. Oktober 1957 zur „Aktion Schiebertod“.*

---

---

leichter der vollen Regale in den Kaufhäusern des Westens bedienen.

Doch bei dem zehnprozentigen Anteil an Westgeld blieb es nicht. Im Laufe der Fünfzigerjahre steigerte man diesen materiellen Anreiz und damit die politische wie propagandistische Einladung an die Werktätigen des Ostens, wenigstens als Arbeitspendler in den Westen überzuwechseln. Im Dezember 1951 erhöhte man den Lohnanteil, der in Westgeld ausbezahlt wurde, auf 25 Prozent. Im März des Jahres 1953 wurde der Lohnanteil der Westmark auf dreißig Prozent gesteigert. 1955 und 1956 folgten weitere Vergünstigungen und Erhöhungen. Schließlich wurden Westgrenzgängern vierzig Prozent ihres Lohnes in Westmark gewährt. Dazu kamen umtauschfreie Beträge für Prämien sowie für Urlaubs- und Weihnachtsgelder. Bei einem Nettolohn von rund 300 DM, der in etwa den damaligen Westberliner Löhnen entsprach, konnte ein Lediger etwa 120 Westmark, ein Verheirateter 159, ein Verheirateter mit einem Kind knapp 200 und ein Vater von drei Kindern rund 276 Westmark mitnehmen – nicht eingerechnet die zahlreichen Freibeträge für einmalige Sonderzahlungen. Tauschte man diese Beträge allmonatlich in den Wechselstuben ein, so verfügte man in Ostberlin und der DDR über ein außerordentlich hohes Familienbudget, das alle Vergleiche sprengte. Der Historiker Jörn Schütrumpf, der die Geschichte der Grenzgänger aufgearbeitet hat, konnte nachweisen, dass die Westgrenzgänger nicht weniger als das Dreieinhalbfache ihrer nominellen Westmarklöhne realisieren konnten.

Die Verlockungen der harten Westmark taten ihre Wirkung: die Werktätigen aus Ostberlin und dem Umland, die sich nun mehr und

mehr für die Grenzgängerei entschieden, blieben der Propaganda und dem Zugriff des SED-Staates weitgehend entzogen. Wer im Westen arbeitete und im Osten lebte, konnte im Großen und Ganzen die Vorteile beider Gesellschaftssysteme nutzen, ohne die Nachteile vollends teilen zu müssen.

Es waren demnach die Westgrenzgänger mit ihrer Westmark, die im Laufe der Fünfzigerjahre als die großen Begünstigten der beiden Markwährungen in der geteilten Stadt Berlin da standen: sie waren politisch unerreichbar, finanziell unabhängig und im Konsum privilegiert. 1958 machten sie rund 40.000 Personen aus und bis Juni 1961 war ihre Zahl auf 53.000 angestiegen.

In der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre galten „Westberlin“ und die „Grenzgänger“ in den Köpfen der Ostberliner als zwei Bezeichnungen für ein und dieselbe Sache. Sie erregten den Unmut und Neid derjenigen Werktätigen, die in der volkseigenen Wirtschaft verblieben und sich mit deutlich geringeren Löhnen begnügen mussten – angewiesen auf die weniger reich bestückten Regale des Ostens. Die Gruppe der Grenzgänger ließ sich daher leicht als Feindbild aufbauen und zum Gegenstand von Propagandakampagnen machen. 1957, in dem Jahr, in welchem Ostberlin das neue Geld einführte, holte man nicht von ungefähr gleichzeitig zu einem ersten großen Schlag gegen die Grenzgänger aus. Die ostdeutsche Presse beschrieb sie wie selbstverständlich als üble Gestalten zwischen den Welten, als Saboteure und Schmarotzer, die, nur auf sich selbst und ihre finanziellen Vorteile bedacht, gewissenlos dem Westen Vorschub leisteten und als unverhohlene Brückenköpfe der „Frontstadt Westberlin“ dienten. Eine solche Kampagne gegen die Grenzgänger wurde

---

1961, im Zulauf auf den Mauerbau, wieder in großem Stil aufgenommen.

### Wider den Eigensinn der Bevölkerung

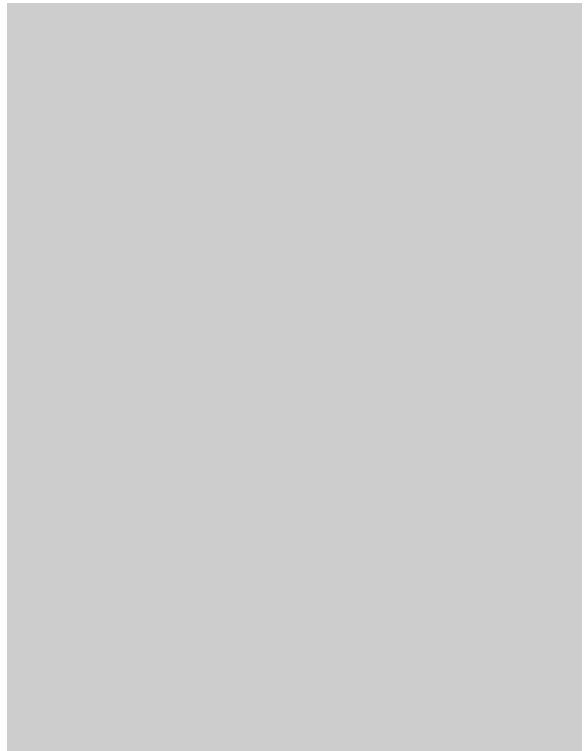
Die Bedeutung der Umtauschaktion von 1957 und der „Wert“ des neuen Geldes lag nicht darin, dass etwa mit großem Erfolg volkswirtschaftlich unproduktives Geld abgeschöpft worden wäre. Vielmehr liegt die Bedeutung dieser Währungskampagne in der Botschaft an das Volk.

Der sozialistische Staat habe ein Exempel statuieren wollen und der Bevölkerung ein für allemal gezeigt, dass nur er und niemand

sonst das Recht habe, Gewinne aus den Wechselkursen zu ziehen, urteilte der Tagesspiegel schon damals. „Bisher konnten viele Menschen trotz aller Propaganda nicht dazu gebracht werden, ihr Geld aus der Hand zu geben. Denn wer kann schließlich wissen, ob man das Geld nicht einmal schnellstens benötigt, beispielsweise wenn man sich nach dem Westen absetzen muss, fragten und fragen sich die Sowjetzonen-Bewohner. Jetzt, glaubt der SED-Staat, haben alle diese Leute eine Lehre erhalten.“ Der sozialistische Staat hatte im Oktober des Jahres 1957 unmissverständlich deutlich gemacht, dass er den Eigensinn seiner Bürgerinnen und Bürger im Finanzgebaren nicht länger zu dulden bereit war. Die Mehrheit der Bevölkerung, manche SED-Funktionäre nicht ausgeschlossen, hatte die



*(Foto: Fotothek K. O. Mai, Bild: Karl-Heinz Mai, Leipzig)  
Der Kampf gegen Wucherpreise als politische Waffe:  
Agitationsplakat in Leipzig ...*



*(Foto: Fotothek K. O. Mai, Bild: Karl-Heinz Mai, Leipzig)  
... und der Blick in ein geschlossenes Geschäft.*

---

Machtfrage gestellt und die starke Hand der Partei herausgefordert, indem sie die Ostmark konsequent dem Wirtschaftskreislauf entzog. Die Mark rollte nicht, sie war nicht dynamisch, sondern statisch, sie war zu Millionen in heimischen Sparstrümpfen verschwunden. Alle gesetzlichen und propagandistischen Bemühungen des Staates, diese „Strumpfmilliarden“ wieder in den Wirtschaftskreislauf zu integrieren, hatten nichts gefruchtet. Gewerbetreibende wie Privatleute waren stur geblieben. Sie trauten weder den Geldinstituten noch dem dahinter stehenden Staat; sie misstrauten den spärlichen Warenangeboten und den hehren kommunistischen Zukunftsvisionen. Nach Einschätzung der ökonomischen und politischen Lage blieb ihnen nichts übrig, als ihr Geld eng an sich zu binden. Jahrelang hatten Partei und Regierung die Machtprobe

hinausgezögert, die Druckplatten der neuen Mark datierten ja aus dem Jahr 1955. Die Machtprobe des Oktober 1957 gewann schließlich die sozialistische Obrigkeit: „Ein Staat, der eine solche Aktion durchführen kann, ein Staat, der sich auf solche Menschen stützen kann, ist wahrlich fest gefügt,“ triumphierte das Neue Deutschland in einem Leitartikel, der den „Geldumtausch und die sozialistische Moral“ zum Thema machte. Dieser glorreiche Währungssieg des Arbeiter-und-Bauern-Staates kam gleichwohl einem Pyrrhussieg gleich. Die Kehrseite dieser gelungenen Demonstration eines starken Staates war die allgegenwärtige Erfahrung einer nach wie vor schwachen Währung. Denn nach einer kurzen Übergangsfrist stellte sich auch für die neue Währung der DDR der altbekannte Wechselkurs von 1 zu 4 wieder ein. Die Lehre des 13. Oktober 1957



(Foto: Fotothek K. O. Mai, Bild: Karl-Heinz Mai, Leipzig)

*Steigende Produktion – sinkende Preise: Straßenagitation in Leipzig 1951.*

bestätigte nur althergebrachte Erfahrungen bei der Bevölkerung, dass das Geld vor staatlichen Begehrlichkeiten nicht sicher war. Auch und gerade im Sozialismus blieb

die Mark prekär – das Vertrauen in sie konnte nur so groß sein wie das Vertrauen in den staatlichen Schutz dieser Mark.

Sechzigerjahre:  
Planmäßig auf  
dem Weg zur  
Mark der DDR







Notenserie 1964.

(Fotos: KfW-Archiv, Berlin)

Die Geburt einer Mark, die nicht nur ideologisch, sondern auch grafisch und bildlich die Deutsche Demokratische Republik repräsentierte, fiel ins Jahr 1964. Seit Januar dieses Jahres wurden neue Personalausweise ausgegeben, welche deren Inhaber fortan als „Bürger der Deutschen Demokratischen Republik“ kennzeichneten. Der Ministerrat habe nunmehr auch beschlossen, die Banknoten der Deutschen Notenbank zu erneuern, erklärte Finanzminister Willy Rumpf dann Ende Juli 1964. Im Gegensatz zur Umtauschaktion von 1957 handele es sich nun um einen längerfristigen Austausch der Geldzeichen, um eine „Erneuerung durch moderne, dem internationalen Stand und dem Wesen unseres Staates entsprechend gestaltete Banknoten.“ Außerdem bestehe dieses Mal kein Grund zur Eile; während einer Übergangszeit von neun Monaten blieben sowohl die alten wie die neuen Banknoten gesetzliche Zahlungsmittel. Für die Dauer von weiteren sieben Monaten könnten die alten Scheine noch bei allen Banken, Sparkassen und Postämtern umgetauscht werden. Die nunmehr konsolidierte DDR legte Mitte der Sechzigerjahre Wert auf eine ebenso langfristige wie ruhige Umstellung. Die monetäre Aufgeregtheit und Unberechenbarkeit der Fünfzigerjahre war jetzt einer Attitüde von Berechenbarkeit und Sachlichkeit gewichen.

Wenn man den Bau der Mauer im Jahre 1961 als „zweite Geburt“ des Arbeiter-und-Bauern-Staates betrachtet, so lässt sich feststellen: Diese zweite Geburt der DDR brachte drei Jahre später erstmals eine Währung hervor, die das Selbstverständnis dieses Staatswesens repräsentierte. Erstmals wurde eine Serie von Banknoten verausgabt, auf welcher man die DDR, ihre Ideologie und Propaganda, wieder erkennen konnte. Die

gestalterische Revolution der sozialistischen Banknoten fand erst jetzt, wenige Wochen vor dem fünfzehnten Jahrestag der Gründung der DDR am 7. Oktober 1964 statt.

### Die Hierarchie der sozialistischen Werte

Ostberlin änderte als erstes die Bezeichnung der Währung. Bis jetzt hatte man die gesamtdeutschen Bezüge gewahrt und die Ostmark „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ genannt. Für sie war, wie im Westen, das Kürzel „DM“ gültig gewesen. Die neue Währung hieß bloß noch „Mark der Deutschen Notenbank“ und ihr Kurzsymbol „MDN“ sollte sogleich alle Erinnerung an die gemeinsame „D-Mark“ tilgen.

Dennoch gehörte der propagandistische Vergleich mit der Deutschen Mark (West) zum Standard-Repertoire, wenn eine neue Währungsbezeichnung und neue Scheine eingeführt wurden. Die Sicherung und Festigung der sozialistischen Währung sei erfolgreich gelöst, ließen die Währungshüter des Ostens verlauten. „Während in der Deutschen Demokratischen Republik die Kaufkraft unserer Währung ständig und planmäßig gestiegen ist und weiter steigen wird, müssen selbst die höchsten Stellen der westdeutschen Bundesrepublik ein ständiges Sinken der Kaufkraft der Westmark und damit die inflationistische Entwicklung in Westdeutschland zugeben.“ Dieser Kaufkraftverlust sei nicht zuletzt auf die militärische Aufrüstung zurückzuführen. In der DDR dagegen diene die gesamte Politik der Festigung des Friedens und dem Aufbau des Sozialismus. Dementsprechend sei auch die Steigerung der Kauf-

kraft der Währung Bestandteil der Politik der SED-Regierung.

In WurDIGung der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Erfolge der DDR sei es richtig, so die Öffentlichkeitsarbeit für die neue Währungsbezeichnung und für die neuen Geldzeichen, „dass diese Banknoten, die ja unsere Währung repräsentieren, das Wesen unseres Staates charakterisieren. Außer den Bildnissen hervorragender Persönlichkeiten der deutschen Geschichte, die die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Deutschlands entscheidend beeinflusst haben und deren die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik in hoher Achtung und Verehrung gedenkt: Karl Marx, Friedrich Engels, Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich von Schiller, Alexander von Humboldt, tragen die Banknoten



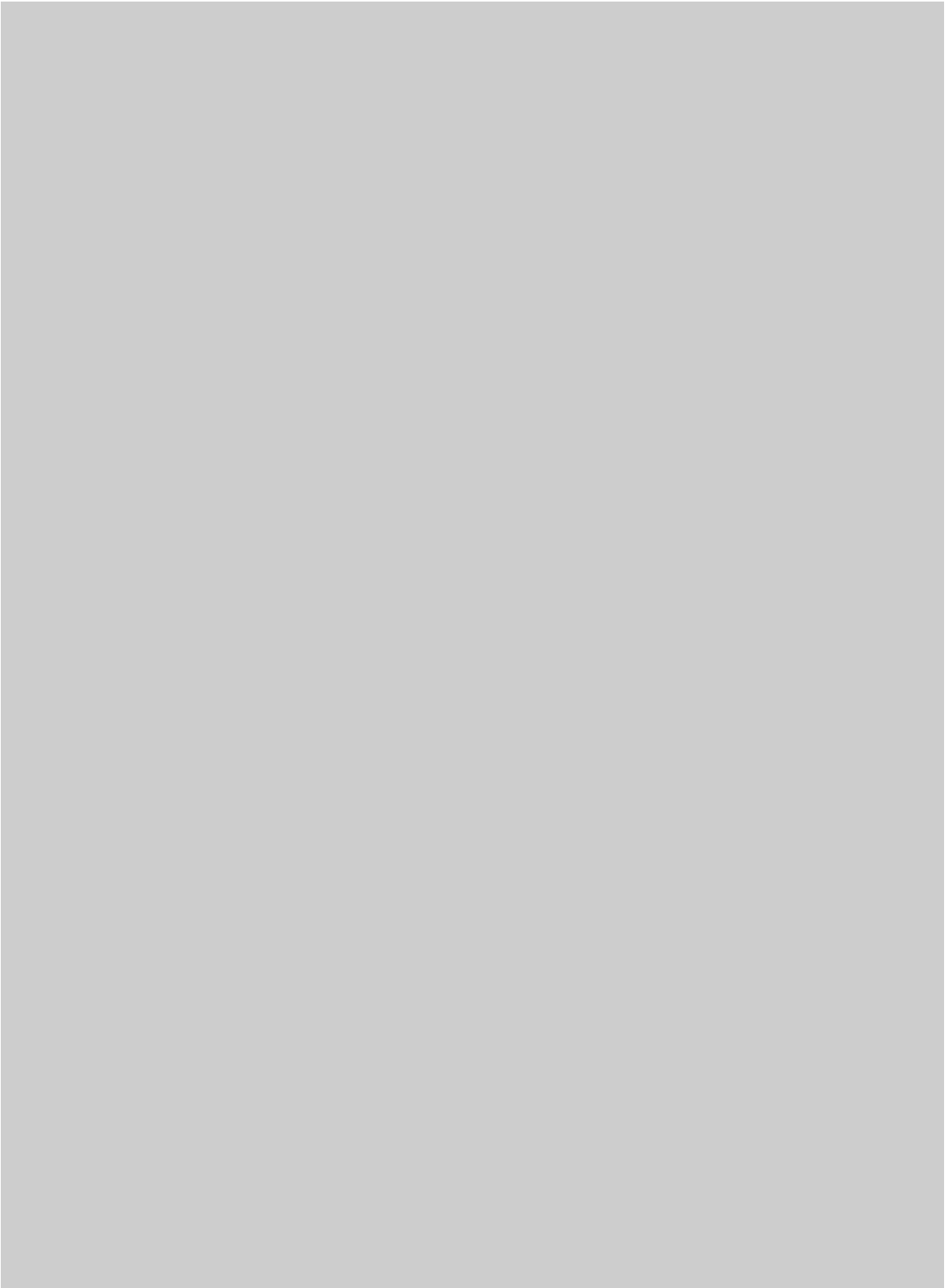
(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/C 0801/21/1)  
Umtausch seit August 1964: „Die ersten neuen Banknoten erhielt heute das Publikum in öffentlichen Institutionen der DDR. Frau Bochow vom Postamt Berlin-O17 am Ostbahnhof händigte ihrem Kunden die neuen ‚Mark der Deutschen Notenbank‘ aus.“ (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

auch Abbildungen aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Gegenwart.“

Und erstmalig trugen in Ostberlin emittierte *Banknoten* das Emblem der DDR, Hammer und Zirkel im Ahrenkranz. In den fünfzehn Jahren ihres Bestehens habe sich die DDR „auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens außerordentlich gut entwickelt,“ begründete der Stellvertreter des Präsidenten der Deutschen Notenbank das umgestaltete Layout der DDR-Mark. „Wir verfolgten die Absicht, diese politische, ökonomische und kulturelle Kraft unseres Staates mit den neuen Banknoten – einer Visitenkarte jedes Staates – in aller Öffentlichkeit zu repräsentieren. Deshalb das Staatswappen, deshalb auch die Abbildungen aus dem Leben der DDR und die damit eng verbundenen Persönlichkeiten deutscher Geschichte“. Schließlich sei der Abdruck des Staatssiegels auf den Geldzeichen auch in anderen Ländern üblich.

Die ab Anfang August des Jahres 1964 ausgegebenen Scheine passten nicht nur in die Geldbeutel, sondern auch in die Zeit: ihre Grafiken waren handwerklich gut gemacht, die dunklen Farbtöne angenehm und gefällig, und ihre politischen Botschaften waren nicht nur durch die innenpolitischen Entwicklungen seit 1961 abgesichert, sondern auch durch die neuerliche außenpolitische Deckung durch die Sowjetunion.

(Foto rechts)  
Materielle Zukunftsversprechen der Sechzigerjahre: Am Fallschirm aus Geldscheinen segelt das Glück ins sozialistische Konsumparadies (Titelblatt des Satiremagazins *Eulenspiegel* vom Juli 1964).



Wenige Wochen zuvor, im Juni 1964 war der „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ zwischen der Sowjetunion und der DDR unterzeichnet worden, welcher der DDR eine dauerhafte Bestandsgarantie gewährte. Die Ostberliner Führung wagte sich nun an eine entschlossene Symbolik der neuen Mark – stets oszillierend zwischen staatlicher Souveränität, sozialistischer Gediegenheit und wirtschaftlicher Zuversicht:

- Der Fünf-Mark-Schein war in dunkelvioletten Farbtönen gehalten und zeigte auf der Vorderseite Humboldt, auf der Rückseite eine Ansicht der nach ihm benannten Berliner Universität.
- Der blaugrüne Zehn-Mark-Schein kombinierte ein Portrait des Jenaer Geschichtswissenschaftlers Schiller mit der Ansicht des VEB Carl Zeiss Jena aus der Vogelperspektive.
- Goethe und das Weimarer Nationaltheater rangierten in der sozialistischen Hierarchie geistig-moralischer Werte offenbar eine Stufe höher; diese beiden Abbildungen zierte den dunkelrot gehaltenen Zwanzig-Mark-Schein.
- Der dunkelgrün gehaltene Fünfzig-Mark-Schein erhob die Getreideernte und Friedrich Engels zum zweithöchsten Wert im Arbeiter-und-Bauern-Staat.
- Die Spitze dieser Hierarchie bildete der in königlichem dunkelblau getauchte Einhundert-Mark-Schein. Die Vorderseite prägte ein Porträt von Karl Marx, auf seiner Rückseite bekräftigte dieser höchste Geldwert unmissverständlich den nach wie vor nationalen Anspruch im Symbolhorizont der DDR: hier prangte das Brandenburger Tor – abgebildet freilich ohne ein Bauwerk, das seit drei Jahren mit diesem Tor verbunden war, ohne die Berliner Mauer.

## Die „Spaltermark“

Nicht nur die Abbildung des seit dem 13. August 1961 abgeriegelten Berliner National-symbols erregte im Westen Unmut. Die Hierarchie dieser Köpfe, so die Ludwigshafener Rheinpfalz, sei es wert, eine geharnischte Satire zu schreiben. Nun mache Ostberlin auch noch mit den Banknoten Politik und Propaganda. „Die großen Männer werden von Hand zu Hand gereicht, ihr Andenken wird damit gewahrt. Für eine westliche Notenbank wäre eine solche ‚Schmückung‘ ihrer Banknoten undenkbar“, meinten die Meinungsmacher vom Rhein. Undenkbar für die meisten westlichen Kommentatoren blieb die Ausgestaltung des höchsten Wertes: „Marx auf der Mark!“ kam aus westdeutscher Sicht Mitte der Sechzigerjahre einem Skandal gleich. Mit den neuen Noten werde nicht nur das wirkliche „Wesen“ des Zonenstaates in Bilder gepackt und dargestellt, sondern fortan auch die Ostberliner Theorie der Zweistaatlichkeit zementiert, befürchteten bundesdeutsche Kommentatoren. Bis jetzt habe man bei allen Unterschieden doch zwei Währungen in Deutschland gehabt, die trotz allem denselben Namen („DM“) getragen hätten. Diese stillschweigende aber politisch wichtige Gemeinsamkeit habe Ostberlin nun demonstrativ aufgekündigt. Zur „Spalterflagge“ des Jahres 1959 geselle sich jetzt die „Spaltermark“, so das Hamburger Sonntagsblatt. Und die Frankfurter Allgemeine erinnerte an die Aussage von Willy Rumpf anlässlich der öffentlichen Präsentation der 1964er Notenserie: „Die neue Währungsbezeichnung knüpft an die deutsche Tradition an.“ Pankow versuche wohl, „gewisse Assoziationen zu der alten guten ‚Mark‘ aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wieder zu erwecken; jener Mark

---



**Modisch gekleidete Frauen sind das Spiegelbild**

**des wachsenden Wohlstands in unserer Republik**

(Fotos Seite 49 und 50)

Bestechende Warenpräsentation in den Versandhauskatalogen: Die DDR verfügte über zwei Versandhäuser. Auf den Seiten dieser Kataloge verbanden sich ästhetische „Vorbilder“ des Westens mit Vorgaben politischer Propaganda des Ostens. Hier wurde mit der Ware und den Preisen politisch argumentiert und agitiert. Gerne stellte man den Katalogen aktuelle propagandistische Losungen als Motto voran. Politische Vorstellungen der Partei sah man durchaus ansprechend in die Sprache der Waren übersetzt, regelrecht mit Waren illustriert und vierfarbig in Szene gesetzt.

Eine lichte Zukunft für die Kinder verspricht der Frühjahr/Sommer-Katalog des „centrum“-Versandhauses im Jahr 1961.

Die Erbauer des Sozialismus präsentiert der Herbst/Winter-Katalog 1961/62.

Die Frauen als Spiegelbild des wachsenden Wohlstandes waren im „konsument“-Katalog Frühling/ Sommer 1963 zu bewundern.

allerdings, die vor fünfzig Jahren mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges zu sterben begann, als die Goldstücke verschwanden und die Inflation ihren Anfang nahm.“ Die neuerliche ästhetische Aufwertung der Ostmark entspreche in keiner Weise ihrem realen, ökonomischen Wert, wird weiter argu-

mentiert. „Das östliche Geld wird natürlich durch die Namensänderung keinen Pfennig mehr wert. Aber die Trennungslinie zwischen den beiden Währungen, die in der Alltagssprache mit ihrer Unterscheidung zwischen Ostmark und Westmark ohnehin bestand, wird jetzt auch formell gezogen.“

Mit dem Geld wurde auch das Bankwesen in der DDR neu geordnet. Die bisherige „Deutsche Investitionsbank“ wurde in „Industrie- und Handelsbank der Deutschen Demokratischen Republik“ umbenannt und sollte nun als „sozialistische Geschäftsbank“ das wichtigste Finanzorgan des Staates für die Betriebe, Kombinate und Volkseigenen Betriebe darstellen. Die „Deutsche Notenbank“ (DNB), die im Jahr 1948 aus der „Deutschen Emissions- und Girobank“ gegründet worden war, firmierte von nun an als

„Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik“. Sie sollte sich auf die Planung, Bilanzierung und Analyse der Kredite und Kreditquellen sowie auf die Ausarbeitung von volkswirtschaftlichen Prognosen beschränken. Zu ihrem Aufgabengebiet sollte überdies die Überwachung und Steuerung der Finanzbilanz und der Zahlungsbilanz der DDR zählen. Diese Banken führten nun die „Deutsche Demokratische Republik“ in ihrem Namen, verwiesen jetzt ausdrücklich auf ihre hoheitlichen Aufgaben. Auch die aufgewerteten neuen Firmennamen dieser Zentralbanken spiegeln demnach nicht nur Konzentrations- und Zentralisierungsprozesse wider, sondern stützen zugleich die nunmehr entschlossene Propaganda, welche im Bereich von Geld und Währung staatliche Souveränität und sozialistische Staatlichkeit vermitteln wollte.

Der offizielle Titel der Ostmark: „Mark der Deutschen Notenbank“ ließ die „Deutsche Demokratische Republik“ jedoch immer noch außen vor. Es dauerte noch einmal dreieinhalb Jahre, bis diese Mark offiziell zur „Mark der Deutschen Demokratischen Republik“ mutierte. Vom 1. Januar 1968 an sollte sie den „Ehrentiteln“ der nun propagierten „sozialistischen deutschen Nation“ führen. „Damit wird klar zum Ausdruck gebracht, dass es sich um die Währung unseres souveränen Arbeiter- und Bauernstaates handelt“, erklärte der zuständige Finanzminister Siegfried Böhm vor der Volkskammer. Das Markenzeichen und Buchstaben-Symbol dieser Mark war fortan das schlichte „M“. Dass diese erneute Umbenennung in der Bundesrepublik keinen Aufschrei der Empörung mehr auslöste, mag auf die während der Sechzigerjahre abflauende innerdeutsche Kommunikation zurückzuführen sein: die beiden deutschen Gesellschaften nahmen sich

*Teure Freuden: Anzeige der HO-Industriewaren aus dem Jahre 1964.*



in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre deutlich desinteressierter wahr als noch zu Anfang der Sechzigerjahre.

Allein die Frankfurter Allgemeine widmete dem Symbol der schlichten Mark einige Erinnerungen. Nur die Älteren hätten noch Erfahrungen mit jener alten „Mark“, die 1873 geboren worden sei, 1907 den Taler, den letzten Konkurrenten im innerdeutschen Zahlungsverkehr, abgeschüttelt habe und die schließlich 1923 der Inflation zum Opfer gefallen sei. „Wenn die Zone mit der Wiedergeburt der Mark an eine alte und solide deutsche Tradition anknüpfen wollte, wäre das mit dem neuen Namen freilich allein nicht getan. Zwischen dem guten alten Goldstück von einst und der nicht austauschbaren Binnenwährung in Mitteldeutschland, die man bei Zuchthausstrafe weder ein- noch ausführen darf, liegen ganze Welten.“

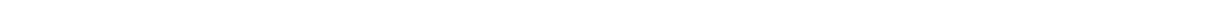
Die abermalige Geburt der „Mark der DDR“ stand unter keinem guten Stern. Just seitdem der Gesetzentwurf über die Neufirmierung der Ostmark bekannt geworden war, fiel deren freier Kurs ständig. Offensichtlich grasierte mit der Umbenennung die Furcht vor einer neuen Umtauschaktion: „Wer Ostmark-Noten besitzt, hat Angst, dass das Geld durch Tausch über Nacht wertlos werden könnte, wie das nach dem Kriege ja schon mehrfach geschehen ist“, vermuteten die journalistischen Beobachter in Frankfurt am Main Ende 1967.

Die runden Geburtstage der Währungsreform in den damaligen Westzonen gerieten 1958 und 1968 gewissermaßen zu Feiertagen der an Ritualen und an Selbstfeiern armen Bundesrepublik. Jedoch: „Auch die Ostmark ist zwanzig Jahre alt“. Im unruhigen Jahr 1968 verwies die Frankfurter

Allgemeine noch einmal auf die Geschichte der Währung der „Zone“ und beendete diese Betrachtung mit einer Einschätzung der neuen Währungsbezeichnung. „Aber auch durch diese Umbenennung hat sich die Substanz der Ostmark um kein Jota verbessert. Die Westmark ist in der ganzen Welt ein Freibrief, die Ostmark aber nach wie vor ein Dokument der Unfreiheit.“

Auch im Osten gab man im zwanzigsten Jahr Überblicke über „die geteilte Mark“, wie Der Morgen schrieb. Die Propaganda der DDR beeilte sich nun darzulegen, dass die westliche Währungsreform des Jahres 1948 „antisozial“ und „antinational“ gewesen, und dass die Kaufkraft der Mark der DDR seit 1955 „planmäßig“ gestiegen sei. So sei beispielsweise der Index der Einzelhandelspreise von 1955 bis 1967 auf 88,7 Prozent gesunken, verkündeten die DDR-Zeitungen unisono. „Musste man 1955 noch für eine bestimmte Menge Waren 100 Mark bezahlen, so brauchte man für dieselbe Menge mit besseren Gebrauchseigenschaften 1967 nur noch 88,70 Mark auszugeben.“ Zum kontinuierlichen Rückgang des Preisniveaus habe sich die Steigerung des Einzelhandelsumsatzes auf 175 Prozent gesellt, während sich der Bargeldumlauf nur mäßig von 4,1 Milliarden Mark 1955 auf 5,8 Milliarden Mark 1967, mithin also um 141 Prozent, erhöht habe. Grete Wittkowski, die Präsidentin der Staatsbank, wiederholte noch einmal, dass die „Stabilität und Überlegenheit“ der Mark der DDR und des sozialistischen Systems vor allem auf der zentralen Planung beruhe. Vorausschauende, langfristige Planung mit verlässlichen Partnern verhindere Krisen wie sie den Westen vor kurzem erschüttert hätten: „Unsere Mark ist stabil und sicher“.

Siebziger- und  
Achtzigerjahre:  
Die Agonie der  
letzten Scheine





Notenserie der 70er Jahre.

(Foto: KfW-Archiv, Berlin)

1973 begann die Staatsbank der DDR damit, eine neue Notenserie in Umlauf zu setzen – ein Prozess, der sich über die gesamten Siebzigerjahre hinzog. Die Vorderseiten der Banknoten zierten wieder Porträts von Leitfiguren des Humanismus, der sozialistischen Idee und des sozialistischen Staates. Zunächst wurde nur der Fünzig-Mark-Schein ausgegeben: Diese Währungsstufe repräsentierte wie gehabt Friedrich Engels, diesmal jedoch in einem karminroten Farbklima. Die Scheine waren kleiner und damit handlicher: erneut sollte die Mark der DDR eine moderne, jetzt auch eine ebenso umgängliche wie weltoffene sozialistische Gesellschaft vorführen – und zugleich ihr Medium sein.

### Große Erwartungen und gute Erfahrungen

Offenbar wolle die DDR-Führung nun mit dem Notenumtausch der DDR-Mark eine psychologische Stütze geben, vermutete die Süddeutsche Zeitung. „Der DDR-Bürger soll seiner Staatswährung wieder mehr Vertrauen entgegenbringen. Dass dies überhaupt nötig ist, scheint allerdings unverständlich; denn im Grunde hat der DDR-Bürger keinen Anlass, den Wert seines Geldes anzuzweifeln.“ Wohlgermerkt, dieser Satz stand in einer Zeitung, die in München und nicht etwa in Magdeburg erschienen war. Rund anderthalb Jahre später assistierte die Frankfurter Allgemeine: Schon seit einigen Jahren freuten sich die Propagandisten der DDR an den Wirtschaftskrisen des Westens. Und: „In der Tat schneidet die DDR bei einem Zahlenvergleich mit der Bundesrepublik zurzeit hervorragend ab.“ Die DDR habe, nach Jahren schwerer Erschütterungen, ihr wirtschaftli-

ches Wachstum beschleunigen können. In der Bundesrepublik sei das Gegenteil der Fall gewesen. Angesichts der tief greifenden Öl- und Daseinskrisen der Siebzigerjahre kam plötzlich eine bange Frage auf, von der Frankfurter Allgemeinen im Januar 1975 formuliert: „Behalten Honecker, Marx und Lenin also Recht? Ist die DDR heute wirtschaftlich stabiler als die Bundesrepublik?“

Neueste Erhebungen des Westberliner Institutes für Wirtschaftsforschung hatten überdies für Schlagzeilen in der Bundesrepublik – und natürlich in der DDR gesorgt. Das Institut hatte festgestellt, dass die Mark der DDR, bezogen auf den Verbrauch eines vierköpfigen Arbeitnehmerhaushaltes, bei der Bezahlung eines DDR-typischen Verbrauches mehr Kaufkraft entwickelte als die Mark des Westens. Nach diesen Berechnungen betragen im Jahr 1973 die Aufwendungen für die gleichen Mengen an Waren und Dienstleistungen in der Bundesrepublik 992 Westmark gegenüber 979 Ostmark. Die kräftigen Preissteigerungen in der Bundesrepublik seit Anfang der Siebzigerjahre und der rigorose Preisstop für Konsumgüter in der DDR seit 1971 entfalteten ihre Wirkung: die traditionelle Schere zwischen West- und Ostmark schien sich zu schließen. „Kaufkraft der Mark der DDR übersteigt die der Westmark“, titelte das Neue Deutschland etwas verallgemeinernd und dennoch nicht falsch im Jahr 1973. Selbst bürgerliche Ökonomen mussten mittlerweile anerkennen, dass die Mark der DDR seit jeher einem ungerechten Schwindelkurs ausgesetzt gewesen sei, mit dem es ein Ende haben müsse, war in dieser Zeit auch in der Leipziger Volkszeitung zu lesen.

Die ersten Werte der letzten Notenserie wurden in die Zeit der Aufbruchstimmung nach

dem VIII. Parteitag von 1971 hineingebo-  
ren. Die Erwartungen vor allem von Jugend-  
lichen und von jungen Erwachsenen an die  
von Erich Honecker versprochene „Einheit  
von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ waren  
anfänglich sehr hoch. Die neuen Scheine  
und deren Ausgabemodus schienen den  
Wohlfahrtskurs des neuen Generalsekretärs  
noch zu unterstreichen: Kontinuität und  
Konstanz, gepaart mit einem entschlossen-  
en, vertrauenswürdigen Wandel. So blieb  
es, schaut man sich die Riege der abgebil-  
deten Mustermenschen an, nicht nur bei  
Friedrich Engels, sondern auch bei den  
Symbolfiguren Goethe, dem weiterhin der  
dunkelgrüne Zwanzig-Mark-Schein vorbe-  
halten war, und Karl Marx, dem weiterhin  
der Spitzenwert von einhundert Mark in der  
angestammten Farbe dunkelblau zugewie-  
sen wurde. Neu in das monetäre Pantheon  
wurden Clara Zetkin, die statt Schiller nun  
den Zehn-Mark-Schein repräsentierte, und  
Thomas Müntzer aufgenommen, der für den  
Fünf-Mark-Wert stand.

Die Rückseiten zeigten durchweg Szenen aus  
der Alltags- und Arbeitswelt der sozialistischen  
deutschen Gesellschaft: Zum Beispiel auf dem  
seit März 1975 verausgabten Zehn-Mark-  
Schein, eine Frau am Steuerpult einer  
Schaltanlage, eine Gruppe von Schülern  
beim Verlassen ihrer Schule auf dem seit  
Januar 1976 ausgegebenen Zwanzig-Mark-  
Schein, oder eine Mähdrescherbrigade bei  
der Einbringung der Ernte, so die Illustration  
des seit 1979 umlaufenden Fünf-Mark-Schei-  
nes. – Und dennoch, die idyllischen Bilder  
eines schönen und modernen sozialistischen  
Alltages trogen. Denn keine Notenserie der  
DDR wurde von der Partei und vom Staat  
jemals so gründlich und nachhaltig untermi-  
niert und ausgehöhlt wie diese.

## Die Währung und „ihre“ Waren

Die Bilder vom perfekten sozialistischen  
Alltag zeigten eines nicht: Werktätige beim  
Einkauf. In der Kaufhalle, in den Regalen der  
Kaufhäuser jedoch entschied sich tagtäglich,  
ob die Ostmark das eingeforderte Vertrauen  
verdiente und ob das Versprechen der  
Scheine und Münzen einlösbar war.

In der Waren- und Währungsverfassung der  
DDR kam es im Jahr 1974 jedoch zu einem  
markanten Einschnitt. Seit jeher gab es den  
kulturellen Dualismus von West- und Ostmark  
in den ‚Hirnen und Herzen‘ der DDR-Bürger.  
Man rechnete, ja, man lebte im Geist oder  
in der Praxis stets mit beiden deutschen  
Währungen. In den Fünfzigerjahren war der  
Besitz von Westgeld geradezu kriminalisiert  
worden. Vom April 1974 an bekam dieser  
Dualismus jedoch eine neue Qualität, denn  
der private Besitz von Westmark wurde nun-  
mehr ohne großes Aufhebens erlaubt. Dies  
geschah nicht durch ein Gesetz oder durch  
eine amtliche Verordnung, sondern vermittels  
kleiner, einheitlich abgefasster Notizen in  
den Zeitungen der DDR: „Der Besitz von  
Banknoten aus dem Westen ist erlaubt“, war  
da zum Erstaunen der Ostdeutschen plötzlich  
zu lesen. Und die Kontrolle der Geldbeutel  
bei der Einreise in die DDR wurde nun zuse-  
hends laxer gehandhabt. Um jeden Preis soll-  
ten nun harte Devisen ins Land einströmen.  
Für die DDR-Bewohner öffnete sich damit offi-  
ziell das Tor zur Quelle der Westprodukte,  
zu den ‚Intershops‘.

Die Waren des Sozialismus, verkauft im  
Konsum oder in der HO (Handelsorganisa-  
tion), agierten seit jeher ebenfalls nicht allein  
und unangefochten auf den Produktbühnen  
der DDR. Seit 1962 war die ‚Intershop‘-Kette  
ausgebaut und die ‚Exquisit‘-Läden aufge-

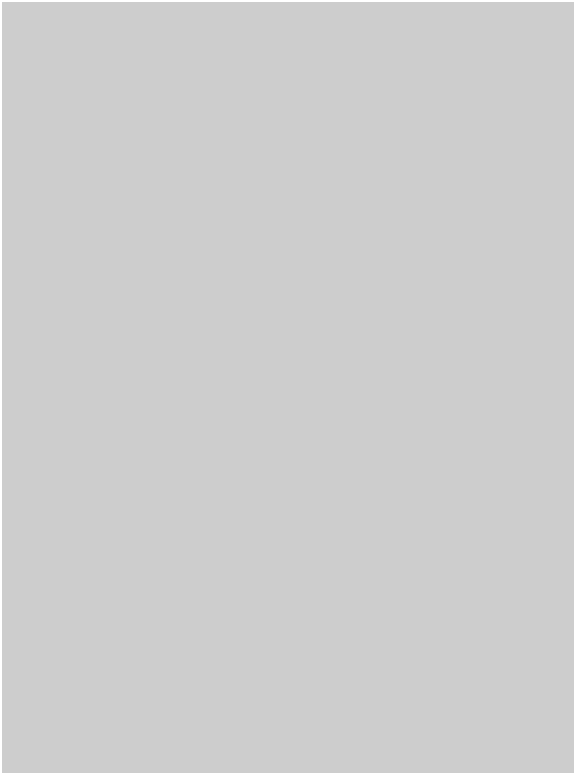
---

baut worden. In den ‚Intershops‘ wurden Westprodukte und rare Ostwaren gegen Westgeld verkauft. Mit dem Logo der ‚Exquisit‘-Kette wurden Modegeschäfte ausgestattet, deren Warenpräsentation sich erheblich vom durchschnittlichen HO-Standard unterschied. Mit den ‚Exquisit‘-Läden sollten nämlich gehobene Einrichtungen für den Verkauf hochqualitativer Waren und Produkte bereitgestellt werden. ‚Exquisit‘ entwickelte sich rasch zu einer beliebten und akzeptierten Marke des Handels, sodass man sich entschloss, Mitte der Sechzigerjahre eine weitere Nobelkette zu begründen, die ‚Delikat‘-Geschäfte. Diese im Volksmund „Fress-Ex“ genannten Läden verstanden sich als Feinkostläden. Sie wurden mit Importprodukten aus dem westlichen Ausland und mit Markenartikeln aus volkseigener Produktion beliefert. Zudem offerierten ‚Exquisit‘ und ‚Delikat‘ nicht nur Westprodukte, sondern imitierten zuweilen gekonnt und mit

großer Resonanz westliche Verkaufsatmosphäre. Hier waren die Schaufenster liebevoll dekoriert, die Regale voll und die Verkäuferinnen freundlich. Der Besuch in diesen Läden mit dem Flair und Ambiente des Westens bedeutete für gering verdienende Bevölkerungsgruppen den seltenen Ausflug „in eine faszinierende Warenwelt, für gehobene Einkommensgruppen wurde der Einkauf in diesen Geschäften zur nicht mehr wegzudenkenden Gewohnheit“ (so die Kulturhistorikerin Ina Merkel).

Seit den Sechzigerjahren gab es demnach zwei Klassen von Geschäften. Einerseits Konsum- und HO-Läden für den alltäglichen Bedarf – andererseits die ‚Exquisit‘- und ‚Delikat‘-Geschäfte für gehobene Ansprüche. Dem entsprachen zwei Klassen von Erzeugnissen. Zum einen gab es die Standardware für alle. Sie sollte zwar, so Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED, „zweck-





mäßig, modern, haltbar und schön“ sein. In Wirklichkeit war sie bestenfalls praktisch und solide aber vielfach nicht zu bekommen. ‚Exquisit‘ und ‚Delikat‘ boten entgegen der herrschenden Ideologie zu horrenden Ostmark-Preisen Waren und Produkte an, die man früher als einmalige Ergänzung hinzugekauft hatte. Darüber thronten die Markenwaren aus dem Westen: Sie stellten in der Wahrnehmung der Verbraucherinnen und Verbraucher der DDR eine Produktelite dar, stets begehrt und ersehnt. Selbst die leeren Verpackungen dieser Produkte besaßen noch ihren Wert und wurden stolz herumgezeigt oder in der Wohnung „ausgestellt“.

In den späten siebziger und in den Achtzigerjahren wurde dieser mehrdimensionale tiefe Zwiespalt der Geschäfte und der Produkte politisch relevant. Die Verbraucher und



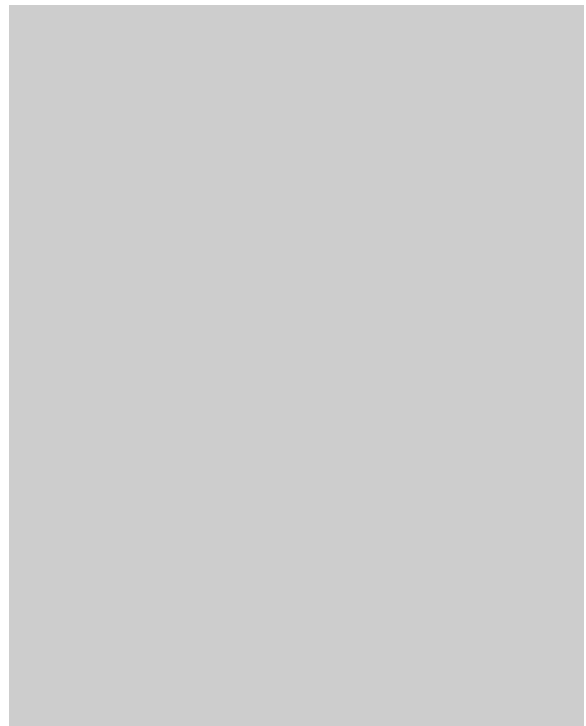
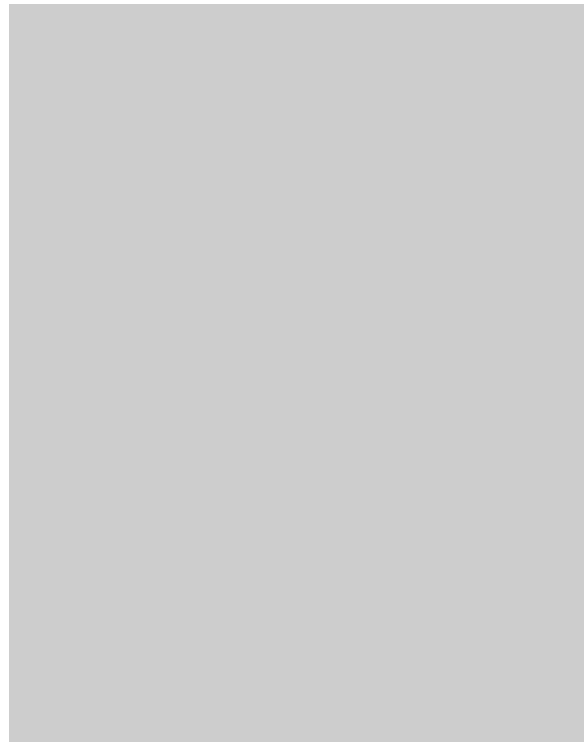
*(Fotos Seite 57 und 58: Wittenburg, Rostock)*

*In den Läden des sozialistischen Handels herrscht Tristesse: Hier hören die verbitterten Kunden: „Haben wir nicht!“, „Führen wir nicht!“, „Nur für den Export!“ Blick in Geschäfte in Rostock und Warnemünde Ende der 80er Jahre.*

---

Konsumenten in der DDR nahmen die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Warenverteilung nun mehr als je zuvor wahr: die Differenz zwischen den ansprechenden Produkten des Westens und den vernachlässigten Waren des Ostens und den Widerspruch zwischen einem mangelhaftem Standardangebot und einem vergleichsweise vielfältigen Angebot in den Hochpreisläden und Intershops. Auf Grund des unzureichenden Standard-Sortimentes von Konsum und HO wurde es nun für die allgemeine Lebenshaltung regelrecht notwendig, Waren des täglichen Bedarfs auch in den teuren Ladenketten einzukaufen. Das führte zu großem Missmut – vor allem bei Frauen und bei Jugendlichen.

Das wissen wir unter anderem auch von den Redakteuren der Zeitung ‚Junge Welt‘, der Hauszeitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ). In geheimen Gesprächen mit der Staatssicherheit berichteten die Journalisten in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre, dass die Zahl derjenigen Leserbriefe zunehmen würde, in denen sich die jungen Leser erbost über das ‚Zwei-Klassen-System‘ in der DDR beschwerten. Eine Bevölkerungsgruppe könne das Angebot im ‚Intershop‘, in ‚Delikat‘- und ‚Exquisit‘-Geschäften nutzen. Eine größere Bevölkerungsgruppe habe aber auf Grund des Verbots von Westkontakten und auf Grund des geringeren Einkommens keine Chance, in den Luxusgeschäften die überteuerten Waren zu erstehen. ‚Exquisit‘ und ‚Delikat‘ und ihre Produkte waren in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR der beste Beweis dafür, dass ein fundamentales Dogma des Arbeiter-und-Bauern-Staates keine Gültigkeit mehr hatte. Dieses Dogma lautete: ‚Im Sozialismus bleiben die Preise stabil!‘ Überdies zeigten sie eine im Entstehen begriffene ‚Klassengesellschaft DDR‘.



(Fotos: Wittenburg, Rostock)  
„Sozialistische Verkaufskultur“ um den vierzigsten Jahrestag der Gründung der Republik: „Delikat“, „Exquisit“ und „Intershop“.



Und zu diesem für alle sichtbaren und erfahrbaren Gegensatz bei dem Warenangebot gehörte die seit den Siebzigerjahren ebenso offen praktizierte doppelte Markwährung. Die harte Westmark stieg jetzt ganz handfest nicht nur zur „Zweitwährung“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), sondern zur „Überwährung“ (Bonner Rundschau) der DDR auf: „Je mehr Westmark in der DDR zirkulierten, je mehr Intershops ihre Türen öffneten, je mehr DDR-Bürger die Bedeutung der DM als Superwährung in der DDR erkannten, umso zahlreicher wurde versucht, auch andere Waren und Dienstleistungen nur noch gegen DM abzugeben. Handwerker waren beispielsweise kaum noch gegen Ostmark bereit, eine Scheibe einzusetzen oder einen Herd zu reparieren. Wer aber Westgeld als Bezahlung versprach, durfte mit sofortiger



*(Foto: Bundesarchiv, Bild 183/1990/0523/16)  
Die Zweitwährung in der DDR: Forum-Schecks, mit denen Ostbürger im Intershop einkaufen sollten.*

Bedienung rechnen.“ Der Unmut derjenigen, die nicht von diesem hierarchischen System von Waren und Währungen profitieren konnten, wuchs bis 1989 ständig an. In den Köpfen der DDR-Bürger regierte längst die Westmark und die mit ihr verbundenen Westprodukte. Die Mängel und die Defizite der Ostmark und der mit ihr verknüpften Warenlandschaft waren mehr und mehr mit den Händen zu greifen. Der Widerspruch zu den großen ideologischen und propagandistischen Vorgaben und Vorstellungen der Partei hätte nicht größer werden können.

### Die „Koffergeschäfte“

Die Ostmark der DDR wurde im selben Zeitraum auch außerhalb der Staatsgrenze der DDR unterhöhlt. Seit 1973 häufen sich in der Westpresse Meldungen über so genannte Koffergeschäfte. Bankfachleute bestätigten immer wieder, dass ostdeutsche, später osteuropäische Geldkuriere mit umfänglichen Beträgen den Ostmarkhandel in Westberlin, aber auch in Zürich und in Wien, überschwemmen. Die Gelder für diese Transaktionen, meist mit Originalbänderolen versehene, druckfrische und durchnummerierte Scheine, wurden in den Westen verbracht und dort in Deutsche Mark (DM) umgetauscht. Die Behörden der DDR duldeten augenscheinlich diesen schwunghaften Handel mit der Währung ihres Staates. Abgesandte von volkseigenen Betrieben hatten schon früher, in den Fünfzigerjahren, mit der so erworbenen Westmark und mit Schweizer Franken dringend benötigte Maschinenteile gekauft. Ohne diese Rohstoffe und Ersatzteile aus dem Westen wäre manche Produktion zum Stillstand gekommen. Insbesondere



*Die Preise waren stets ein Politikum: Faksimile aus der ostdeutschen Fachzeitschrift „Neue Werbung“ aus dem Jahr 1961.*

Industriediamanten für die feinmechanische und optische Industrie wurden auf diesem Wege beschafft. Nach Erkenntnissen der Bundesregierung beteiligten sich auch staatliche Stellen der DDR zumindest passiv an diesem „Devisenschmuggel“. Ein Ministerialdirektor, der als Vertreter des Bundesbevollmächtigten in Berlin amtierte, äußerte sogar öffentlich die Vermutung, in Ostberlin würden die später im Westen eingetauschten Ostmark-Scheine eigens zum Zwecke des Umtausches gedruckt („Die guten Geschäfte der ‚DDR‘, im Rheinischen Merkur 1974). Die erbst-propagandistische Antwort des Neuen Deutschland folgte auf dem Fuß: „Es ist nicht zu fassen. Die DDR treibt Devisenschmuggel gegen sich selbst? Unser Staat ist ganz versessen darauf, sein Geld im Westen



*(Foto: Wittenburg, Rostock)*

*In den „Exquisit“- und „Delikat“-Geschäften werden für teure Ostmark nicht mehr nur bessere Qualität aus eigener Produktion angeboten, sondern mehr und mehr auch Waren des alltäglichen Bedarfs. Blick in eine „Exquisit-Boutique“ in Rostock 1989.*

billig zu verkaufen, damit es dann bei uns einströmen und wieder mit voller Kaufkraft ausgegeben werden kann? Die Staatsbank der DDR (...) betrügt sich selbst“ („Kriminalroman vom ‚staatlichen Devisenschmuggel‘)?

In der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre schienen die Koffergeschäfte mit Ostmark auch von Notenbanken anderer Ostblockländer getätigt zu werden; die Nationalbank des „befreundeten“ Polen warf zum Beispiel 1978 Hunderttausende von DDR-Mark auf den Wiener Geldmarkt.

Aber die zunehmend unter Schwindsucht leidende Mark der DDR erfuhr auch ihre Wertschätzung: In anderer Richtung nutzten in Ostberlin akkreditierte Repräsentanten devisenschwacher Ostblock- und Entwicklungsländer ihren Diplomatenstatus für Ostmarkgeschäfte aus. Die Wirtschaftswoche erläuterte Mitte der Achtzigerjahre deren „lukratives Umrubeln“: Nicht gerade unerhebliche Mengen von harten Devisen wurden demnach in Westberliner Wechselstuben in Ostmark umgetauscht, anschließend mit Diplomatenpass und daher ohne Grenzkontrollen nach Ostberlin verbracht, um dann in der DDR „wie Gott in Frankreich zu leben.“ Diesen Weg zur „grauen Mark“ wählten in den Achtzigerjahren offenbar auch vermehrt Angehörige der westalliierten Streitkräfte, die in Berlin stationiert waren und ebenfalls risikolos und unkontrolliert die Grenzübergänge passieren konnten, um anschließend mit der im Verhältnis 1 zu 4 „umgerubelten“ Mark im Centrum-Warenhaus am Alexanderplatz groß einzukaufen, wie die Stuttgarter Zeitung berichtete: „In Uniform zum Einkaufsbummel ins volkseigene Kaufhaus“.

Von 1980 an kehrten die „Gerüchte um die Ostmark“ in den Zeitungen der Bundesrepublik regelmäßig wieder. Immer wieder wurde die Gretchenfrage gestellt, ob der fallende Kurs die Markmanager des Ostens nicht zu einer weiteren Währungsreform geradezu zwingt? In der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre geriet die Ostmark in der Tat endgültig ins Trudeln. 1986 war sie im Vergleich zur Westmark gerade einmal zwölf Pfennige wert, das entsprach einem Verhältnis von etwa 1 zu 8. Ende 1984 waren für einhundert Ostmark noch zwanzig Westmark gezahlt worden (1 zu 5), ein Jahr später nurmehr achtzehn Mark, Ende 1986 kaum fünfzehn Mark und im Januar 1987 nur noch 8,85 DM. In diesem Jahr fiel der Kurs auf einen absoluten Tiefstand. Die Ostmark wurde jetzt schlechter als 1 zu 10 gehandelt – ein Handelswert, der dem „wahren Wert“ der DDR-Mark keinesfalls gerecht wurde, wie selbst die Frankfurter Allgemeine mahnend feststellte. Ende der Achtzigerjahre war die Mark der DDR alles andere als „begehrte“: weder in ihrem Währungsgebiet noch außerhalb. Kurz vor dem vierzigsten Jahrestag der Gründung der DDR stand sie weiterhin gerade einmal mit 8,50 bis 9,25 DM (West) zu Buche. Der miserable Tauschwert von etwa 1 zu 10 hatte sich längst eingependelt. Im September 1989 wurde deutlich: „Die Ostmark steht unter Druck“ – und damit teilte sie das Schicksal des gesamten Staatswesens, dessen Medium sie darstellte.

## Die Wende und die Geldscheine

Und just in dieser Zeit, zu den umfassenden Feierlichkeiten aus Anlass des vierzigsten Jubiläums der Republik am 7. Oktober 1949, wollten die Geldpolitiker etwas ganz beson-

deres inszenieren: Den neuen Reichtum des „Sozialismus in den Farben der DDR“ (Erich Honecker) sollten zwei neue „hochwertige“ Geldscheine dokumentieren. Mit großem Getöse hatte man endlich einen Zweihundert- und einen Fünfhundert-Markschein in Umlauf bringen wollen. Die Planung für diese hohen Nominale hatte bereits Ende der Siebzigerjahre begonnen; seit 1985 lagen die Banknoten in Serien zu je fünfzig Millionen Exemplaren gedruckt vor. Der erste deutsche Zweihundertmarkschein überhaupt hätte die erfolgreiche Sozialpolitik der DDR dokumentieren sollen: auf der Vorderseite war eine zufriedene, moderne, vierköpfige Familie zu sehen, die ihre Wohnung in einem neu errichteten Hochhaus einrichten konnte – ein Verweis auf das seit 1971 propagierte und umgesetzte umfangreiche Wohnungsbauprogramm. Die Kehrseite dieses Scheines zeigte die staatliche Fürsorge für die Kinder: hier spielen Pioniere mit ihrer Hortnerin fröhlich und in Sicherheit Ringelreihen. Schauen wir uns noch den neuen Fünfhunderter näher an. Der nunmehr höchste Wert musste noch einmal unmissverständlich Symbole der Macht in den Mittelpunkt der Aussage stellen: Auf der Vorderseite prangte übergroß





*(Foto: Geldmuseum der Deutschen Bundesbank)  
Die höheren Werte der DDR-Mark: Sie sollten zum vierzigsten Jahrestag der Republik zur Ausgabe kommen.*

das Staatswappen der DDR, und auf der Rückseite dürfen wir einen repräsentativen Ort ebendieser Staatsmacht betrachten. Hier könnte man eigentlich den Palast der Republik, den Palast, welcher der Propaganda zufolge ja dem „Volke gehörte“, erwarten – doch die Gestalter der Fünfhundertmarknote entschieden sich stattdessen für eine Darstellung des Staatsratsgebäudes. Die undurchsichtige politische und propagandistische Lage der DDR im Herbst des Jahres 1989 ließ die Ausgabe dieser beiden Scheine nicht mehr zu. Sie sollten noch einmal einen paternalistischen, also einen väterlich-fürsorglichen, und einen starken Arbeiter- und Bauern-Staat vorführen. Aber die druckfrischen Noten verblieben bis zum Ende der DDR in den Panzerschränken der Staatsbank. Sie kamen nicht mehr zum Einsatz und das Gros lagerte bis vor wenigen Monaten gemeinsam mit den gebrauchten Noten der Mark der DDR in einem unterirdischen Stollen bei Halberstadt.

Mit der Öffnung der Berliner Mauer und der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten gab es sowohl für die Bürgerinnen und Bürger der DDR wie für „ihre“ Mark kein Halten mehr. Die Ostbürger erfuhren und eroberten nun die schillernden Produkte und Regale des Westens; die Ostmark dagegen setzte ihre bedrohliche Talfahrt der Achtzigerjahre schlagartig fort: Der „Schleuderkurs“ der DDR-Mark erreichte jetzt regelrecht utopische Werte: Wer einhundert Ostmark eintauschte, erhielt in diesen Wochen bestenfalls fünf Westmark! Kurs 1 zu 20! Der neue Ministerpräsident Hans Modrow warnte vor dem „Ausverkauf der DDR“. Die aus westdeutscher Sicht endlich „demaskierte Ost-Mark“ wurde nun weit unter Wert gehandelt. – Das Währungsproblem avancierte mit der Öffnung der Grenze zur dringendsten Herausforderung für die Politik der beiden deutschen Staaten. Auf dem nun offenen Waren- und Währungsmarkt hatte die Mark der DDR absehbar keine Überlebenschancen mehr.



*(Foto: KfW-Archiv, Berlin)  
Der letzte Schein der DDR: Eine Gedenkbanknote zur Öffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember 1989.*

Mit der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 wurde die Zwillingschwester und Konkurrentin ‚DM‘ in der DDR als Zahlungsmittel eingeführt. Acht Tage nach diesem Datum waren die Geldzeichen der Mark der DDR für immer ungültig geworden.

Gleichwohl: Während der umwälzenden Monate des Jahres 1989 war ein letztes Mal das Symbol Berlins und der ganzen Nation auf einem Geldschein der DDR verewigt worden. Die spektakuläre Öffnung des Brandenburger Tores bot selbst der Mark der DDR

Anlass zum Feiern. Die Staatsbank der DDR verausgabte unter dem Datum jenes 22. Dezember 1989 eigens einen Zwanzig-Mark-Schein, der auf der Vorderseite das Berliner Bären-Wappen und das Brandenburger Tor – wie 1964, also wiederum ohne die Sperranlagen – und auf der Rückseite die Quadriga und das Staatswappen der DDR zeigte: „Herausgegeben von der Staatsbank der DDR anlässlich der Öffnung des Brandenburger Tores. Dezember 1989“ stand bedeutungsschwer und in großen Lettern auf dem letzten Geldschein der DDR zu lesen. Es war ein Gedenkschein.

# Grenzen der sozialistischen Mark



## Die Banknoten ohne Unterschrift

Dieser ultimative Gedenkschein konnte mit einer weiteren Besonderheit aufwarten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Mark der DDR zeigte eine Banknote die Unterschrift eines Verantwortlichen als Faksimile; hier den Schriftzug des letzten Präsidenten der Staatsbank Horst Kaminsky. Wer als Bürger die Gestaltung der DDR-Noten seit 1948 aufmerksam verfolgt hatte, musste nämlich mit der Zeit eine fragwürdige Entdeckung machen: Die Noten der Deutschen Notenbank und die Noten der Staatsbank der DDR trugen niemals einen solchen persönlichen Schriftzug.

„Warum tragen unsere Banknoten keine Unterschrift?“ Diese Frage nach einem grundlegenden Gestaltungselement von Geldzeichen wurde erstmals im Jahr 1965 öffentlich gestellt – und propagandistisch beantwortet. Dem Fragesteller, Herrn Heinz Schenke aus Brandenburg, erläuterte das Neue Deutschland in einem Beitrag unter dem Titel „Gültig ohne Unterschrift“: Banknoten seien früher ihrem rechtlichen Charakter nach Schuldverschreibungen gewesen. Jeder Inhaber einer Banknote habe von den Bankinstituten verlangen können, den auf der Note angegebenen Betrag in andere Zahlungsmitteln einzulösen. Da jede einzelne Banknote eben diese Einlösung garantierte, sei der Name der zeichnungsberechtigten Direktoren auf jede Note wie eine echte Unterschrift aufgedruckt worden. Das Recht auf eine solche Einlösung sei jedoch heutzutage nirgendwo mehr gegeben. Mehr noch: In den sozialistischen Staaten sei es völlig gleichgültig, ob die Banknoten unterschrieben seien oder nicht. Die sozialistische Währung der DDR gründe sich nicht auf das Zahlungsverprechen eines Bankinstitutes. „Da

unser sozialistischer Staat für das Geld haftet und garantiert, sind Unterschriften für den Wert und den Rechtscharakter der Noten ohne Bedeutung.“

Kulturelle Traditionen weisen der Beglaubigung durch eine Unterschrift jedoch ein ganzes Bündel von wichtigen Bedeutungen zu. Die Banknoten der DDR waren über vierzig Jahre lang stets anonym geblieben. Bei den Teilnehmern dieser Währungsgemeinschaft musste sich die skeptische und misstrauische Vermutung einstellen, dass sich kein Mitglied der herrschenden Klasse vor diese Scheine stellen wollte, dass niemand bereit war, für deren Wert mit seinem guten Namen zu bürgen. Dieser nur auf den ersten Blick vernachlässigenswerte Gesichtspunkt steht beispielhaft für das chronische Manko an Vertrauen, welches die Aura dieser Markscheine stets begleitete und spätestens seit den Siebzigerjahren beherrschte. Aus der Sicht all derjenigen, welche die Noten tagtäglich von Hand zu Hand weiterreichten, gab es keine Person in Politik und Bürokratie der DDR, welche bereit war, für den Wert dieser Mark Verantwortung zu tragen. Und damit gab sich auch keine Person zu erkennen, die bereit gewesen wäre, die Gewähr dafür zu übernehmen, dass die dieser Mark entsprechenden Gegenwerte, also ein ansprechendes Warenangebot, bereit gestellt werden. So das fatale Signal der fehlenden Unterschrift.

Die Würde und der Wert dieser Scheine, so die einschlägige Ideologie und Propaganda, sollte sich stattdessen aus dem Werk aller Werktätigen ergeben: für diese Geldscheine neuen Typus brauchte es nicht mehr die – letztlich nutzlose – Unterschrift eines Einzelnen, da die entschlossene Tatkraft der werktätigen Bevölkerung sie in Wahrheit beglaubigte.

---

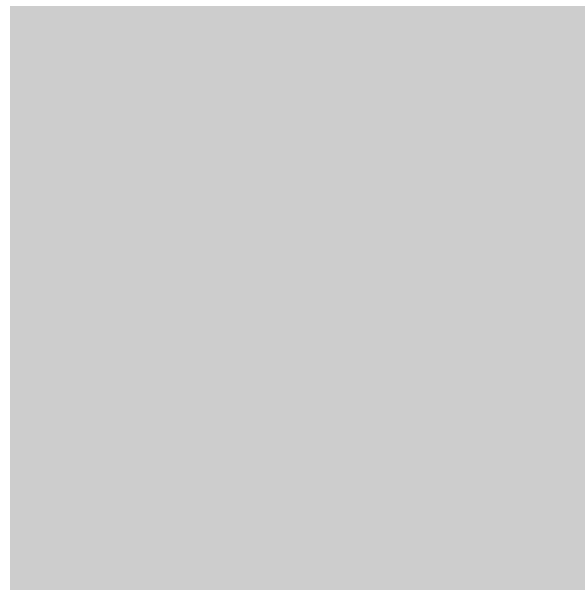


Diese theoretisch hergeleitete Vorstellung vom Geld und den Geldscheinen im Sozialismus entspricht jedoch nicht dem überkommenen Verständnis von Geldzeichen: Denn von den Münzen und Noten einer Währung wird erwartet, dass sie den Wert des Geldes darstellen, und dass sie von sich aus ein Höchstmaß von Sicherheit und Sicherung zu gewährleisten vermögen. Die Scheine und ihre Gestaltung selbst müssen Vertrauen aufrufen können.

Die beiden Markwährungen wurden während der vierzig Jahre deutsch-deutscher Zweistaatlichkeit stets mit höchster Aufmerksamkeit beobachtet: von den Verbrauchern, von den Journalisten, natürlich von den Wirtschaftlern und von den Politikern beider deutscher Staaten. Die Arena, in welcher über die Ost-Währung kommuniziert wurde, stellt sich mehrgliedrig dar:

Staat und Partei unternahmen den beständigen Versuch, mit Hilfe der Ostmark eine Botschaft des Vertrauens zu vermitteln, wobei das Bildprogramm der Scheine bis in die Sechzigerjahre hinein neutral blieb und zumindest in der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre die Möglichkeit offen halten sollte, dass die Banknoten aus Berlin, der deutschen Hauptstadt, in einer absehbaren Zeit in ganz Deutschland akzeptiert würden. Die um die Mark entfachte Propaganda spielte niemals eine Vorreiterrolle, sondern verstärkte zentrale Inhalte der politischen Propaganda erst im Nachhinein. Eine solche Zurückhaltung lässt sich auf den Versuch zurückführen, beim Volk ein Gefühl von Sicherheit und Seriösität zu erzeugen. Geldscheine, die durch schreiende politische Reklame auffallen, stehen ihrer Akzeptanz selbst im Wege. Schließlich war der Geldschein auch im Sozialismus kein rotes Spruchband, sondern ein hoheitliches Dokument.

Die Westpresse kommentierte die von Partei und Regierung kommunizierten Geld-Botschaften bis Ende der Sechzigerjahre stets kritisch und in der Regel in den harschen Worten des Kalten Krieges. Über vierzig Jahre blieb das beliebteste Thema der Zeitungen in der Bundesrepublik die Prophezeiung vom kurz bevorstehenden „Währungsschnitt“, von der soundsovielten „Währungsreform“ in der DDR und von der damit verbundenen Entwertung der Ostmark, was aufs Neue zu erheblichen Verlusten der Geschäfts- wie der Privatleute führen würde. In der Berichterstattung über den „schwarzen Sonntag“ des Jahres 1957 überschlugen sich die Zeitungen des Westens geradezu mit den schlimmsten Befürchtungen, die womöglich auch deshalb nicht eintraten, weil das SED-Regime dem Westen diese propagandistische Munition schließlich nicht liefern wollte.



(Foto: SLUB, Deutsche Fotothek, H. Ahlers)  
*Leben mit zwei Währungen – nichts Neues in der DDR:  
 Bluse mit zwei Preisschildern vor der Währungsumstellung  
 (Dresden im Juli 1990).*

Während der Siebzigerjahre versachlichte sich der Ton in der Presse beider deutscher Gesellschaften; gleichzeitig nahm die Intensität der gegenseitigen Beobachtung ab.

Das Publikum in der DDR, welches eben diese Mark in seinen arbeitenden Händen hielt – eine beliebte propagandistische Figur im Osten – nahm die staatlichen Bemühungen, eine Kommunikation des Vertrauens zu entfachen, sicherlich wahr. Ein stets wiederholtes Vertrauensversprechen muss jedoch mit der Zeit eingelöst werden, wenn sich nicht Misstrauen einstellen soll. Konnte man als DDR-Bürgerin oder Bürger in das verfügbare Warenangebot des Ostens Vertrauen setzen? In den „Hirnen und Herzen“ der Menschen

zwischen „Kap Arkona und Fichtelberg“ hatten zwar manche Erzeugnisse aus eigener Produktion ihren festen Platz; sie bürgten sozusagen auch für den Wert der Ostmark. Aber zugleich war die Warenlandschaft des Ostens von der ewigen Konkurrenz mit der Westmark und den von ihr repräsentierten Produkthimmel des Westens geprägt.

Das mit dem Währungsvertrauen eng verknüpfte Vertrauen in die Waren und Produkte, die man sich für eben diese Währung kaufen konnte, blieb in der DDR bis auf wenige Ausnahmeseiten stets problematisch. In der Mangelgesellschaft war weder kontinuierlich gesichert, dass man mit dem erworbenen Geld in der Gegenwart all die Güter



*(Foto: Stadtarchiv Erfurt)*

*DDR-Produkte im Ausverkauf: Die Preissenkungen unmittelbar vor der Währungsunion zeigten den Wertverfall der Ostmark und ihrer Waren an. Laden auf der Erfurter Langen Brücke Ende Juni 1990.*

---

einkaufen konnte, die man sich wünschte, noch war sichergestellt, dass man mit dem infolge der zu kurzen Warendecke zwangsweise angesparten Geld in der Zukunft einmal das Gewünschte würde erstehen können. Überdies verstrichen zwischen dem Versprechen des Geldes, dass es in den Läden und Geschäften gegen handfeste Waren eingelöst werden könnte, und der Möglichkeit, das Geld tatsächlich in Waren umzutauschen, zuweilen sehr lange Zeitspannen. Sie machten den psychischen und kulturellen Zusammenhang zwischen Geld und Ware vergessen. Die Einlösung des Geldversprechens war und blieb ungewiss. Auf ein fabrikneues Auto beispielsweise mussten die DDR-Bürgerinnen und Bürger in der Regel mehr als ein Jahrzehnt warten, manche Produkte blieben für bestimmte Einkommensgruppen, die nur mit DDR-Mark ausgestattet waren, einfach unerschwinglich.

### Das Waren- und Währungsgefüge in der DDR

Spätestens in den Siebzigerjahren hatte sich in der DDR ein mindestens vierfach gegliedertes und hierarchisches Verhältnis von „Währungen“ und den dazugehörigen begehrten Konsumobjekten hergestellt:

- Auf der untersten Stufe stand der Kauf von Artikeln des Grundbedarfs, der mit geringem Aufwand an Mark der DDR bewerkstelligt werden konnte. Wer relativ wenig verdiente, konnte auf einem bescheidenen Konsumniveau vergleichsweise „gut“ leben. Auf dieser „Ebene“ sind jene damals spektakulären Ergebnisse des Systemvergleiches von Währungen und Preisen in den Fünfziger- und den Siebzigerjahren

anzusiedeln, welche der Mark der DDR einen wahrnehmbaren Kaufkraftvorsprung vor der Westmark zubilligten.

- Da mit der „Mark der DDR“ jedoch beileibe nicht alle Konsumwünsche des modernen sozialistischen Menschen abzudecken waren, blieb eine althergebrachte Form, um sich Konsumwünsche zu erfüllen: der einfache Warentausch. Wer Zugang zu seltenen Ersatzteilen und Rohstoffen hatte, konnte zuweilen allemal mehr erreichen als derjenige, der mit Ostmark gesegnet war. Qualitativ hochwertige und begehrte Markenartikel aus DDR-Produktion konnten auf dieser Ebene ebenfalls zu Tauschobjekten aufsteigen. Eine Flasche ‚Nordhäuser Doppelkorn‘ galt beispielsweise überall in der DDR als ‚Türöffner‘ und ‚Wernesgrüner Bier‘ wurde zuweilen als ‚Vogtlanddollar‘ bezeichnet.
- Wer freilich über sehr viel heimische Mark verfügte, konnte sich ab der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre in ‚Exquisit‘- und ‚Delikat‘-Geschäften mit Produkten für einen anspruchsvolleren Bedarf eindecken. In begrenztem Umfang kam der Kunde hier mit Ostmark vereinzelt an Westwaren heran, die aus spärlichen Importen und aus Gestattungsproduktionen stammten. Die DDR-Mark wurde auf diesem Niveau jedoch in den späten siebziger und Achtzigerjahren entwertet, da in den letzten Jahren selbst bestimmte Waren des Grundbedarfs gegen hohe Ostmarkbeträge erworben werden mussten.
- Die wirklich umfassendste Währung, um in der DDR alles Mögliche möglich zu machen, war von Anfang an, aber ausgeprägt ab Mitte der Siebzigerjahre, die alles überragende Westmark.

In diesem viergliedrigen System kam der DDR-Mark zwar eine durchaus tragende,



aber keine herausragende Stellung zu. Die Geldzeichen der DDR standen für ein kleinbürgerliches Verständnis vom Alltag. Die Führungsrige der DDR hatte aus den existenziellen Nöten und Ängsten der kleinen Leute, die sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts machen mussten, die Lehre gezogen, das Lebensnotwendige, das Unbedingt-Nötige bereit zu stellen. Einem solchen Verständnis von „Versorgung“ entsprach die Ostmark: Wer sich an sie hielt oder halten musste, wurde „versorgt“, nicht „bedient“. Darüber hinaus war von ihr nichts zu erwarten – es sei denn, der potenzielle Kunde hielt sehr viel Geld in seinen Händen.

Die Mark der DDR war daher eine in vielerlei Hinsicht begrenzte Währung. In ihrem Währungsgebiet war sie stets für ein quantitativ und qualitativ begrenztes Angebot an Waren und Dienstleistungen „gut“. Das gab seit der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre Anlass zu einem ebenso begrenzten Vertrauen zu diesem Geld. Die Mark der DDR war überdies insofern begrenzt, als das Territorium ihrer Gültigkeit ebenso strikt wie sie selbst eingegrenzt war: außerhalb der DDR war sie nach dem Willen ihrer Schöpfer wertlos. Sie ließ sich daher auch nicht mit anderen Währungen auf einen Vergleich ein, sie blieb über vierzig Jahre nicht konvertibel. Auch die wiederholte propagandistische Bekräftigung,

(Fotos Seite 70 und 71: Stadtarchiv Erfurt)

Umstellungsantrag und Auszahlungsscheck zur Währungsumstellung 1990. Die Anträge mussten bis zum 7. Juli 1990 bei den Banken und Sparkassen abgegeben worden sein – ansonsten verfiel das angesparte Geld.

man werde sie nicht dem Vergleich aussetzen und die Mark der Werktätigen nicht den Kapitalisten ausliefern, förderte nicht gerade die Bildung von Vertrauen. Insofern repräsentierte die Mark der DDR „ihre“ Klientel perfekt: auch die Freiheit und Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger war nach dem Willen der Parteiobere auf das Gebiet der DDR beschränkt. Bei einer Währung müssen solch strikte Eingrenzungen des Aktionsradius und der Tauschmöglichkeiten die Nutzer verunsichern; die Schwäche einer solchen

Währung liegt geradezu auf der Hand. Sicher, jedermann wusste, dass man auch mit vergleichsweise wenig Geld auf einem unteren Niveau in der DDR „über die Runden kommen“ konnte. Doch als eine Geldwährung im umfassenden Sinne agierte auch im Arbeiter-und-Bauern-Staat nur die Mark der Bundesrepublik. Das Vertrauen der Bevölkerung der DDR lag nicht erst nach dem Wendegeschehen des Jahres 1989 bei der von der SED-Propaganda verschrieenen „Mark der Kapitalisten“.



*(Foto: Stadtarchiv Erfurt)*

*Warten auf die Westmark: Schlange vor der Erfurter Sparkasse am Fischmarkt im Juli 1990.*

---

---

## Weiterführende Literatur:

Eine kürzere und wissenschaftliche Fassung dieses Textes ist unter dem Titel „Blank, rund, nicht zu schwer und gefällig im Aussehen“. Die Mark der DDR – eine Kommunikationsgeschichte der sozialistischen deutschen Währung, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinte Deutschland, Jahrgang 35 (2002), Heft 4, S. 578-595, erschienen.

Thomas Ahbe/Michael Hofmann:  
Es kann nur besser werden. Erinnerungen an die Fünfzigerjahre in Sachsen, Leipzig 2001.

Kasten Broosch:  
Die Währungsreform 1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Eine Untersuchung zur Rolle des Geldes beim Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft der SBZ/DDR, Diss. phil. Universität Leipzig 1998, Herdecke 1998.

Paul Frenzel:  
Die rote Mark. Perestroika für die DDR, hrsg. von Fritz Schenk, Herford 1989.

Gottfried Gabriel (Hrsg.):  
Ästhetik und Rhetorik des Geldes (= ästhetik 2), Stuttgart – Bad Cannstadt: 2002.

Monika Gibas:  
Propaganda in der DDR. 1949-1989, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2000.

Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.):  
Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999.

Rainer Gries:  
Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR, Leipzig 2003.

Helmut Kahnt/Michael H. Schöne/Karlheinz Walz:  
50 Jahre Deutsche Mark. 1948-1998. Die Geschichte der deutschen Nachkriegswährungen in Ost und West, Regenstein 1998.

Annette Kaminsky:  
Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001.

Jeff Kintzelé/Peter Schneider (Hrsg.):  
Georg Simmels Philosophie des Geldes, Frankfurt/Main 1993.

Niklot Klüßendorf:  
„Zwischen Reform und Union. Das deutsche Geldwesen von 1945 bis 1990 im Spiegel der Zeitgeschichte“, in Reiner Cunz (Hrsg.): Währungsunionen. Beiträge zur Geschichte überregionaler Münz- und Geldpolitik (Numismatische Studien 15), Hamburg 2002, S. 291-335.

---

Ina Merkel:  
Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999.

Jörg Roesler:  
Die Wirtschaft der DDR, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2002.

Jörn Schütrumpf:  
Das Grenzgänger-Problem im Berliner Raum 1948/1949 bis 1961. Dissertation 1986.

derselbe:  
Grenzgänger. Pendler zwischen Ost und West im Berlin der 50er Jahre, in: Journal Geschichte, Heft 1/1988, S. 18 – 27.

Georg Simmel:  
Philosophie des Geldes, herausgegeben von David P. Frisby und Klaus Christian Köhnke (= Georg Simmel-Gesamtausgabe, herausgegeben von Otthein Rammstedt, Bd. 6), Frankfurt/Main 1989.

Michael W. Wolff:  
Die Währungsreform in Berlin 1948/49 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 77), zugl. Diss. Freie Universität Berlin, Berlin/New York 1990.

---